

3.2 Verbände mit Untergliederungen

Die Geschichte der großen Verbände reicht lange zurück¹ und weist etliche Ähnlichkeiten auf. Der Naturschutzbund (ehemals Deutscher Bund für Vogelschutz, Bund für Vogelschutz, Reichsbund für Vogelschutz u.a.) hat im gesamten Bundesgebiet, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vor allem in Bayern eine ca. 100jährige Geschichte. Ihnen vorweg gingen Gruppierungen, die aus der Liebhaberei (Vogelkunde und -schutz) sowie dem Heimatschutz entsprangen. Von Beginn an standen dabei proletarischer Naturschutz (Naturfreunde, Wandervogel) neben nationalistischen Gedanken des Heimatschutzes, die Trennung zwischen ihnen wurde eher an anderen politischen Fragestellungen deutlich, die Wege trennten sich spätestens in der Zeit des Nationalsozialismus, wo z.B. einige Naturfreunde auf der Seite des (sanften) Widerstandes arbeiteten, während die eher bürgerlichen Kreise des Vogelschutzbundes und des BUND-Vorläufers in Bayern (BN) mit den Nazis kooperierten und zum Reichsbund für Vogelschutz zusammengefaßt wurden. Bis heute haben sich die großen Umweltverbände nicht mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt, noch in den 80er Jahren bezeichneten Teile der VogelschützerInnen die Zeit des Dritten Reiches als einen der Höhepunkte ihres Verbandes.² So wird auch verständlich, daß gerade BUND und Naturschutzbund nach der "BeeRDigung" der DDR ohne Bedenken vor allem die dort vorher gleichgeschalteten Naturschutzgruppen zu ihren Untergliederungen machten und der selbständigen Umweltschutzbewegung der DDR nur wenig Aufmerksamkeit schenkten (wenn man vom gescheiterten Versuch des BUND absieht, die Grüne Liga zu schlucken, siehe Kap. 3.2.1).

Die Geschichte des Natur- und Umweltschutzes ist in grober Form im Kapitel 2 nachzulesen. Im folgenden wird die aktuelle Situation samt neuerer Entwicklungen vorgestellt. Selbstverständlich kann dieses Buch keine umfassende Darstellung der einzelnen Organisationen ersetzen, zumal im Kapitel 5 die vertieften Betrachtungen hinsichtlich der Verfilzung der Umweltschutzverbände mit Staat, Wirtschaft und Medien zu finden sind, sie hier daher nur kurz aufgeführt werden.

Als Verbände mit Untergliederungen werden hier die Organisationen bezeichnet, die über eine höhere Zahl von natürlichen Mitgliedern (Personen) und namensgleiche Untergliederungen verfügen. Das sind bundesweit flächendeckend nur der BUND und der Naturschutzbund, hinzu kommen einige landesweite oder regionale Verbände wie die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz (HGON) in Hessen, die fast gleichlautende GNOR in Rheinland-Pfalz oder die Biologische Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems (BSH) in Westniedersachsen. In diese Kategorie gehören aber zudem die Stiftungen oder konzernähnlichen Verbände wie WWF und Greenpeace, die nur über wenige regionale Gruppen oder Stellen sowie viele Fördermitglieder verfügen, diese aber an den Entscheidungen und der konkreten Arbeit nicht oder nur nach Vorgaben "von oben" beteiligen. Grundsätzlich zu unterscheiden von den Mitgliederverbänden sind solche Organisationen, die keine namensgleichen Untergliederungen haben, sondern aus korporativen Mitgliedern bestehen, also Gruppen oder andere juristische Personen.

Hier sind einige thematische Netzwerke zu nennen sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Grüne Liga. In ihnen bleiben die Mitglieder frei in ihren Entscheidungen und sie behalten ihre eigenen Namen.

3.2.1 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

In den letzten Jahren hat der BUND den Naturschutzbund an Mitgliederzahl überholt und verfügt augenblicklich über ca. 220.000 Mitglieder. Er beschäftigt über 70 feste MitarbeiterInnen und hat einen Etat von ca. 20 Millionen Mark. Aktueller Schwerpunkt ist die Debatte um ein "Zukunftsfähiges Deutschland", der das gleichnamige Buch des Wuppertal Instituts zugrundeliegt. Diese Studie wurde vom BUND und dem katholischen Hilfswerk Misereor in Auftrag gegeben.

Im BUND sind ca. 70 Personen dauerhaft beschäftigt, das Haushaltsvolumen stieg von 1987 bis 1994 von 3,17 auf 16,7 Mio. DM. 1996 gab es einen Rückgang auf 15,0 Mio. nach 15,9 Mio. DM im Jahr 1995. Die Mitgliedsbeiträge hieran betragen 44%, Spenden gab es fast gleichviel.³

Kurze Geschichte

Im Jahr 1913 wurde der Bund Naturschutz in Bayern (BN) gegründet. 1914 entstand in Bremen die Gesellschaft zum Schutz der heimischen Vögel. Beide sind heute BUND-Landesverbände, waren aber bis in die 70er Jahre geprägt vom klassischen Arten- und Biotopschutz in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen. Der Bremer Landesverband erhielt sich diesen Themenschwerpunkt sogar noch ein Jahrzehnt länger, auch deshalb, weil im Stadtstaat kein landesweiter Vogelschutzbund vertreten war.

Die Gründung des BUND-Bundesverbandes erfolgte im Jahr 1975. Ihr ging eine Phase voraus, in der vor allem der bayrische BN versuchte, neue Formen von Kooperationen zu finden, zum einen bundesweit über den Deutschen Naturschutzring sowie in Bayern im Kontakt mit Parteien und der Diskussion, sich selbst als Partei zu engagieren (Kontaktpartner war damals vor allem die AUD, eine rechtslastige, heute ins rechtsextreme abgerutschte Partei). Solche Kontakte gerade zu rechten politischen oder gesellschaftlichen Gruppen⁴ war demnach schon vor der bundesweiten Gründung des BUND spürbar und setzte sich in etlichen Landesverbänden sowie im Bundesverband später fort. Am 20.7.1975 gründeten bayrische und einige weitere Personen einen zunächst unter dem Namen BNUD auftretenden Verband, weil sich der DNR als nicht schlagkräftig genug herausstellte. Erster Vorsitzender wurde Prof. Dr. Bodo Manstein, Stellvertreter wurden Prof. Gerhard Thielke und der BN-Vorsitzende Hubert Weinzierl. Manstein aber starb nur wenige Monate später. Neuer Vorsitzender wurde am 4.11.1975 Dr. Herbert Gruhl, als Stellvertreter fungierten Prof. B. Grzimek und weiterhin Hubert Weinzierl. Auch Frederic Vester saß im Vorstand. Die Mitgliederzahl stieg allerdings kaum, im Dezember 1975 sind es nur 30 bundesweite Mitglieder. Landesverbandsgründungen

mit eigenen Mitgliederwerbungen fanden in Baden-Württemberg und Hessen statt. Der BNUD dümpelte zunächst vor sich hin, während insgesamt die Naturschutzarbeit sehr stark in das Licht der Öffentlichkeit rückte. Das Buch "Rettet die Vögel" wurde zum Bestseller, Gesetze wurden vorbereitet oder verabschiedet. Die Bundesregierung gab in Sachen Naturschutz den Ton an.

Herbert Gruhls Plan war es, den BUND zu einer konservativen Umweltpartei zu machen⁵. Unterstützer dabei war immer wieder Hubert Weinzierl, der selbst über vielfältige Beziehungen zu konservativen und rechten Gruppen verfügte. Doch das Treiben Gruhls stieß auf Widerstand. Am 7.5.1976 kam es zu einer Kampfkandidatur von Prof. Thielcke gegen Gruhl. Thielcke gewinnt, obwohl Weinzierl Gruhl unterstützte. Gruhl verließ den Verband, nahm dabei die Mitgliederkartei mit und versuchte mit Hilfe dieser, die Grüne Aktion Zukunft, die erste Umweltpartei der Bundesrepublik, zu gründen.

In der Folgezeit entwickelt sich der BUND (Namensänderung BNUD in BUND im Jahr 1977) schneller. Vor allem in Baden-Württemberg entstand ein starker Landesverband, der eine aggressive Öffentlichkeitsarbeit betrieb. Dagegen blieb Bayern noch lange die Hochburg eines konservativen BUNDS. Etliche BUND-Funktionäre arbeiteten beim AUD (s.u.) mit oder waren Mitglied der CSU. Erst die Auseinandersetzungen um Wackersdorf brachten für den bayrischen BN einen grundlegenden Wandel. In Baden-Württemberg waren viele spätere BUNDlerInnen schon bei den Auseinandersetzungen um das AKW Whyl mit dabei. Entsprechend gründet sich der Verband hier von vorneherein auf einer radikaleren, weniger mit staatlichen Einrichtungen verfilzten Ebene. Erst 1980 rang sich der BUND bundesweit zu einer Ablehnung der Atomkraft durch. Im gleichen Jahr begann mit dem Amtsantritt von Geschäftsführer Lorenz Graf die weitere Professionalisierung des Verbandes. Das Waldsterben wurde zum wichtigen Thema der Öffentlichkeitsarbeit. 1983 wechselte der Bundesvorsitz an Hubert Weinzierl, der das Amt bis heute innehält. Thielcke blieb zunächst Stellvertreter, übernahm später nur noch "diplomatische" Aufträge, z.B. die Kontrolle in den BUND-Tochterorganisationen Deutsche Umwelthilfe und Stiftung Europäisches Naturerbe. In vielen Bundesländern reisten BUND-Funktionäre zu den BIs und anderen unabhängigen Gruppen, um sie als Ortsgruppen für den BUND zu gewinnen. Oftmals gelang das.

1984 wurde die BUNDjugend gegründet, der BUND zählte erstmals über 100.000 Mitglieder, verschiedene Kampagnen verdeutlichten, daß der BUND seinen Schwerpunkt in der breiten Öffentlichkeitsarbeit suchte. Ab 1987 arbeitete im BUND eine Strukturkommission⁶ – Reaktion auf die aufkommende Debatte um Bürokratie und Hierarchie (siehe Kap. 3.6). Zusammen mit der Umweltbewegung insgesamt flachte die öffentliche Präsenz des BUND dann wieder ab. Der Naturschutz verschwand aus den Schlagzeilen. Mit der "Wende" in der DDR dehnte sich der BUND auf den Osten aus, hatte aber dabei große Schwierigkeiten. Lange Zeit fixierte sich der Verband darauf, die in der DDR gegründete Grüne Liga zu "schlucken". Doch die blieb eigenständig. Währenddessen wurden viele weitere Gruppen von den anderen West-Organisationen Greenpeace, WWF und Natur-

schutzbund aufgesogen. Der BUND verhandelte dann mit den nach der Gründung des Naturschutzbundes in der DDR verbliebenen Gruppen aus der ehemals staatlichen GNU, die sich in BNU (Bund für Natur und Umwelt beim Kultubund) umbenannt hatten. Auch dieser Versuch scheiterte, allein in Brandenburg bildeten BNUlerInnen den neuen BUND-Landesverband. Ansonsten blieben nur kleinere Kreise von Personen, teilweise aus den früher staatlichen Organisationen, die die neue Basis des BUND im Osten bildeten.⁷

Im Original: Auszüge aus "Gesellschaftliche Tätigkeit" im Wandel¹

Seit Anfang der 70er Jahre arbeitete Prof. Dr. S. ehrenamtlich als Abgeordneter des Kulturbundes in der Stadtverordnetenversammlung Magdeburg ... 1980 wurde er zum Vorsitzenden des Bezirksvorstandes Magdeburg der Gesellschaft für Natur und Umwelt berufen, deren ehrenamtliche Leitung er bis 1989 innehatte. ... Seit 1990 ist Herr Prof. Dr. S. Vorsitzender des Bund für Natur und Umwelt in Sachsen-Anhalt. ... (S. 23)

Der BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND) ist seit Oktober 1990 in allen neuen Bundesländern vertreten. Viele seiner bisher etwa 2000 Mitglieder kommen ebenfalls aus der GNU. In Brandenburg mutierte der ehemalige BNU-Landesverband zum BUND-Landesverband... ..

Anfang der 90er Jahre setzte sich allmählich das Thema "Wirtschaft" im BUND durch. Wesentlichen Anteil hatte Dr. Angelika Zahrnt (SPD-Mitglied) als Sprecherin des AK Finanzpolitik und seit 1989 im Bundesvorstand, zur Zeit als stellvertretende Bundesvorsitzende. Mit dem Deutschen Umwelttag und dessen Leitmotiv "Dialog" (gemeint vor allem: mit der Wirtschaft) begann der Versuch, Bündnisse mit der Industrie zu schließen. Kämpferische Aktionen "auf der Straße" unterblieben immer mehr, stattdessen gab es Anzeigenschaltungen mit Großkonzernen⁸ für die Steuerreform, Kooperationen mit der Bundesregierung bei der Umweltkonferenz in Rio 1992 sowie den Auftrag für die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". Sie wurde zusammengestellt vom SPD-nahen Wuppertal-Institut⁹ und blieb ohne grundsätzliche Kritik an Wirtschaft und Politik. Seit dem Erscheinen der Studie gibt es kaum noch ein anderes Thema für den BUND. Weitere Bücher, Studien, die alles nochmal für die Bundesländer wiederholen, Kongresse und andere Veranstaltungen prägen den Verband (siehe Kap. 5.1.4).

Die Studie gehört zu einer Fülle von Veränderungen, die den BUND seit Anfang der 90er Jahre erfaßt hat. Die ursprünglichen, klaren Positionen werden verlassen. Der BUND wandelt sich zu einem professionellen "Konzern", der in spendenwirksamen Kampagnen, selbstdarstellungsorientierter Medienarbeit sowie in der Besetzung von "mainstream"-Themen versucht, Mitgliederzahlen und Spendeneinnahmen zu erhöhen. Welche Wirkung die "Modernisierung" des BUND in organisatorischer Hinsicht hat, kann man aus der Diskussion um die Annahme von sieben Millionen Mark Anfang 1997 von einem Atomkonzern sehen. Entgegen allen Richtlinien (z.B. über die Annahme von Spenden bzw. Kooperationen mit der Wirtschaft) wurde das Geld nicht nur angenommen, sondern dafür im Gegenzug der Widerstand gegen ein geplantes Pumpspeicherwerk eingestellt (siehe Kap. 5.2.2). Die im Verband gegen diese Entscheidung des Bundesvorstandes und des thüringischen Landesverbandes entstandene Kritik war auf der Bundesdelegierten-

versammlung im Juni 1997¹⁰ nicht mehrheitsfähig. Die Mehrheit setzte die meisten Anträge, die auf eine Veränderung dieser industriefreundlichen Politik und die Abwahl der verantwortlichen BundesvorständlerInnen drängten, ab. Die wenigen zugelassenen Abstimmungen gingen für die KritikerInnen verloren. Interessant war, daß vor allem die jüngeren Personen einschließlich der Jugendvertreter (siehe Kap. 3.6) sowie die jüngeren Landesverbände und Bundesvorstandsmitglieder für die angepaßte, industrie- und staatsfreundliche Orientierung eintraten, während die Älteren (z.B. Hubert Weinzierl und Gerhard Kneitz im Vorstand) sowie vor allem der alte Landesverband Bayern für die alten Grundsätze eintrat. Damit ist zu erwarten, daß sich der Trend weg von klaren Positionen hin zu einem professionellen Konzern mit politisch beliebigen, mehr an Imagegründen orientieren Positionen noch fortsetzen wird. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Delegiertenversammlung 1996, auf der offenbar¹¹ ganz ähnliche Diskussionen abliefen, diesmal jedoch um hohe Förderungen und Abhängigkeit von Geldern aus staatlichen Quellen. Vor allem die ostdeutschen Landesverbände und jüngere Delegierten hatten damit wenig Probleme, während die alten BUNDlerInnen vor solchen Entwicklungen warnten.

Zu diesen Vorgängen 1996/97 (junge Leute für Wirtschafts- und Staatsnähe, alte dagegen) gibt es eine Parallele 1992 rund um den Deutschen Umwelttag. Dieser DUT wurde unter dem Motto "Dialog" zu einem wichtigen Baustein der Umarmung von Wirtschaft und Umweltverbänden. Schon damals kam es zur Konfrontationsstellung. Wenige Tage vor dem DUT votierte das Fachgremium des BUND, der Beirat, für einen Ausstieg aus dem Umwelttag. Der Vorstand war mehrheitlich dagegen, der Ex-Jugend Sprecher und heutige Hauptamtliche des BUND, Peter Westenberger, bezeichnete das Verhalten des Beirates öffentlich als "peinlich". Hubert Weinzierl unterlag mit seiner DUT-kritischen Position im Vorstand gegen die Jüngeren und die Wirtschaftsleute um Angelika Zahrnt.¹² Er zog immerhin die persönliche Konsequenz und boykottierte den DUT (siehe Kap. 5.2.2).

Im Original: Auszug aus der Mittelbayrischen Zeitung vom 16.9.1992

Krach um Öko-Gipfel/Bund Naturschutz mit "Bauchschmerzen" dabei/Doch Vorsitzender Weinzierl wird fehlen

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) will den zweiten Deutschen Umwelttag in Frankfurt nicht mehr mittragen. Das beschloß der Wissenschaftliche Beirat am Montag in Bonn. Diesen Knüller verbreitete am Montag nachmittag – fünf Tage vor Beginn der Mammutveranstaltung – die Deutsche Presseagentur. Es sei an der Zeit, "ein Zeichen zu setzen gegen die Versuche von Industrie und Handel, den Umweltschutz als Werbegag zu vermarkten", zitierte die dpa aus dem Schreiben, in dem das rund 20köpfige BUND-Expertengremium seinen Entschluß begründete. Am frühen Abend ließ die Nachrichtenagentur den wohl doch reichlich verdatterten Geschäftsführer des Umwelttages, Wolfgang Weinz, mit einem "unerklärlich" zu Wort kommen, doch eine Stunde später dürfte auch für Herrn Weinz die (Um)Welt wieder in Ordnung gewesen sein, zumindest halbwegs: "Trotz Bauchschmerzen – BUND bleibt Mitträger des Deutschen Umwelttages", faxte die Bonner Geschäftsstelle der Umweltorganisation gegen 20 Uhr das Dementi ...

Auszug aus der Berliner Zeitung vom 17.9.1992

Als "peinlich" und "subjektive Meinung" bezeichnete hingegen Peter Westenberger vom Bundesvorstand die Auffassung des Beirates. Wie er gestern der Berliner Zeitung mitteilte, werde der BUND nicht aus der Trägerschaft des Umwelttages 1992 aussteigen.

Auszug aus den Kieler Nachrichten vom 17.9.1992

Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weinzierl, will nicht zu der Veranstaltung nach Frankfurt/Main kommen. Begründung: "Das paßt nicht in meine Philosophie, das ist mir zu wirtschaftslastig". Weinzierl stellte sich gestern damit hinter die Kritik des BUND-Beirates, der Umwelttag entwickle sich zu einer Industriemesse.

Wer ist im BUND?

Unter 220.000 Mitgliedern sind alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten. Dennoch gibt es deutliche Schwerpunkte. Viele BUND-Gruppen sind aus Bürgerinitiativen hervorgegangen.¹³ Folglich machte das ehemalige BI-Spektrum zunächst einen großen Teil der Mitglieder, vor allem aber der Aktiven aus. Hinzu kamen StudentInnen und beruflich mit dem Thema befaßte Personen. Viele von ihnen arbeiten in der Wissenschaft (Hochschulen, Büros), andere in Behörden und Ministerien. Sie stellen das typische linksbürgerliche Spektrum mit überdurchschnittliches Einkommen, hohem Umweltbewußtsein, aber abgesehen von einigen symbolischen Handlungen wie der Einkauf im Bioladen eher mit einem sehr umweltbelastenden Lebenswandel durch hohe Mobilität, teilweise mehrfache Urlaubsreisen und hohem Konsum edler Güter.

Eine zweite große Gruppe der den BUND prägenden Personen sind StudentInnen sowie die in der BUNDjugend organisierten SchülerInnen und Auszubildenden. Die Arbeitsstrukturen der Jugendlichen sind vor allem auf überregionaler Ebene dem Gesamtverband ebenbürtig. Ebenso wie die Erwachsenen gibt es die BUNDjugend auf allen Ebenen, es existieren Arbeitskreise, Vorstände und Geschäftsstellen. Typisch sind auch in der BUNDjugend Theoriediskussionen. Aktionistische Orientierungen finden sich nur bei jüngeren BUNDjugendlichen. In FunktionärInnenkreisen dominieren solche Personen, die gerne theoretische Debatten führen, Positionspapiere erarbeiten oder Vorträge hören bzw. halten. Gleichermäßen sieht es im Gesamtverband aus. Der BUND verfügt über viele hochkarätig besetzte Arbeitskreise auf Bundesebene und in den Landesverbänden. Professoren- und Dr.-Titel häufen sich.¹⁴ Fachlich hervorragende Broschüren erscheinen ständig neu oder werden überarbeitet. Politische Schlagkraft entwickelt sich daraus nicht. Der BUND ist nicht der Verband der KämpferInnen.

Durch die in den letzten Jahren verschärften Mitgliederwerbemethoden (Mailings, Werbung durch Haustürwerbe-Firmen/"Drückerkolonnen" usw.) weitet sich das Mitgliederspektrum immer weiter auf. Schnelle Steigerungen in den vergangenen Jahren sind vor allem auf diese Methoden zurückzuführen. Sie sind im Verband allerdings umstritten.

Im Original: Reinhild Winkler, damaliges Mitglied im BUND-Bundesvorstand, in der BUNDschau 4/94 (S. 28)

In einem Leitantrag "Lebensort Deutschland", von der DV '94 einstimmig beschlossen, kritisieren wir "eine forcierte Wachstumspolitik" als nicht lösungsfähig für eine Krise, die "strukturell bedingt" ist. Das Anwerben von neuen Mitgliedern durch externe Auftragnehmer halte ich für eine "forcierte" Maßnahme zur Beförderung unseres Wachstums und in bedenklicher Weise konform zu gerade dem Wirtschaftsverständnis, das wir mit gutem Grund als ursächlich für den krisenhaften Zu-

stand verantwortlich machen. ... Die Übereinstimmung von Sprechen und Handeln ist sorgsam zu beachten.

Auszug aus einer Pressemitteilung des BUND Mecklenburg-Vorpommern vom 4.7.1997

OBOLUS für einen grünen GLOBUS – BUND führt Haustürwerbung durch

Wir laden sie herzlich zu einem Fototermin am ... ein. Ein Team von jungen Studenten sucht in diesen Tagen das Gespräch mit Bürgern zu Fragen des Umweltschutzes und möchte Förderer gewinnen, die mit ihren Spenden regelmäßig die Umweltprojekte und die BUND-Vereinsarbeit unterstützen wollen ... Die Studenten sind an ihren Abzeichen und T-Shirts mit dem Logo des BUND erkennbar. ... Damit Schwerins Bürger Vertrauen in die Fördererwerbung fassen können, möchten wir Sie bitten, ein Bild der werbenden Studenten in Ihrer Zeitung abzubilden.

BUND und Parteien (vor allem die SPD)

Im BUND sind alle Parteien vertreten. Bis zu den Kämpfen um Wackersdorf war in Bayern eher die Mitgliedschaft in der CSU üblich als andere Parteiverbindungen. Auch heute noch gibt es zahlreiche Verbindungen zur ÖDP, also einer eher konservativen Partei. Bundesweit und in den meisten anderen Landesverbänden sieht dieses jedoch ganz anders aus. Hier dominiert die SPD, viele führende FunktionärInnen sind dort Mitglied:¹⁵ Die stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrnt, der ehemalige Verbandsratsvorsitzende und niedersächsische BUND-Chef Alexander Gaede, die ehemalige schleswig-holsteinische BUND-Vorsitzende und Weinzierl-Stellvertreterin Ulrike Mehl (jetzt sogar für die SPD im Bundestag),¹⁶ der Ex-Bundesgeschäftsführer Onno Poppinga¹⁷ und einige der Bundes-Arbeitskreisleiter. Hinzu kommen hochrangige Staatsbedienstete z.B. aus Ministerien wie der Ex-Landesvorsitzende des BUND Hessen, Eckard Engert, der gleichzeitig im Landwirtschaftsministerium beschäftigt war.

BUND und rechte Gruppen¹⁸

Häufiger kritisiert als die SPD-Lastigkeit der meisten BUND-FunktionärInnen wird die Rechtslastigkeit einiger FunktionärInnen. Diese stammen vor allem aus den südlichen Bundesländern (Bayern und, deutlich weniger, Baden-Württemberg) sowie aus Niedersachsen, was wohl vor allem daran liegt, daß hier der wohl bekannteste deutsche rechte Ökostreiter, Herbert Gruhl, beheimatet war. Herbert Gruhl war Bundesvorsitzender des BUND kurz nach dessen Gründung als Bundesverband. Er unterhielt zudem einen guten Kontakt zum langjährigen (1983-91) BUND-Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Prof. Konrad Buchwald. Der bekannte Nordseeexperte war Spitzenkandidat der Weißen, einer niedersächsischen ÖDP-Vertretung, bei der Landtagswahl, sowie Bundesvorstandsmitglied und zeitweise stellvertretender Vorsitzender in der ÖDP (und zwar zur Anfangszeit der ÖDP, als diese deutlicher als heute rechte Positionen vertrat!). Zusammen mit Gruhl tat sich Buchwald in der ÖDP mit rechtem Gedankengut z.B. in der Ausländerpolitik hervor. Beide traten nach einigen, rechtsextremen Positionen entgegenstehenden Beschlüssen der ÖDP-Hauptversammlung aus der Partei aus. Im BUND ist mittlerweile weitgehend unumstritten, daß Konrad Buchwald als Rechter anzusehen ist, zumal er über die benannten und im BUND bekannten Tätigkeiten hinaus auch noch im VDA (Verein für Deutschum im Ausland) aktiv ist und in verschiedenen Veröffentlichungen offen rechte Ansichten vertritt. Selbst in seiner be-

deutendsten Veröffentlichung, dem mit Wolfgang Engelhardt (DNR-Präsident und CSU-Mitglied) herausgegebenen "Handbuch für Planung, Gestaltung und Schutz der Umwelt",¹⁹ bringt er es fertig, eine Tabelle der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands auf der Basis der Grenzen von 1937 zu veröffentlichen. Dem BUND aber scheint all das gleichgültig zu sein. Statt aus der offensichtlichen Rechtslastigkeit Buchwalds die Konsequenzen zu ziehen, ist er immer noch Ehrenvorsitzender in Niedersachsen, zudem wurde eine Auszeichnung nach ihm benannt, die nun regelmäßig verliehen wird.

Im Original: Konrad Buchwald in "Neue Zeit" 1/82 (S. 20-22) und 2/82 (S. 12-13) unter der Überschrift "Auslandsdeutschum – Teil der Nation"

Was ist das für ein Staat, der für Wirtschaftsasylanten das Vielfache dessen ausgeben (sic!), das er für die ethnische Erhaltung und kulturelle Förderung der im Ausland beheimateten deutschen Volksgruppen bereitstellt.

Konrad Buchwald in seinem Text "Ökosystemlehre" (in Callies u.a., 1989, "Mensch und Umwelt in der Geschichte", Pfaffenweiler, S. 9-34)

Krisen und Notzeiten verlangen Einschränkungen der Freiheit. ... Wenn Ökologie die Lehre von den Bindungen in einer Lebensgemeinschaft und von deren Abhängigkeit von ihrer Umwelt ist, so muß Freiheit in einer ökologisch orientierten Gesellschaft etwas konträr anderes sein als in der liberalen Phase.

Umstritten sind auch weitere Bundesvorsitzende, unter anderem der erste BUND-Bundesvorsitzende Bodo Manstein, der zusammen Werner Georg Haverbeck vom rechtsextremen Weltbund zum Schutze des Lebens und Herbert Gruhl ein Buch schrieb.²⁰ Vor der Gründung des Bundesverbandes gab es im Bund Naturschutz in Bayern von 1958 bis 1963 einen bemerkenswerten Vorsitzenden: Alwin Seifert, unter den Nazis Reichslandschaftsanwalt.²¹ Aktuell gibt es viele Diskussionen um das Ehepaar Weinzierl. Während Beate Saitz-Weinzierl den AK Umweltethik und Frieden des BUND-Bundesverbandes leitet und von hier immer wieder Positionen aus dem New-Age-Gedankengut vertritt, ist Hubert Weinzierl seit 1983 Bundesvorsitzender des BUND, deutlich länger schon war er Vorsitzender in Bayern. Sein bekanntester Fehltritt war sein in der Zeitschrift "natur" aufgezeichnetes Gespräch mit Bernd Lötsch und Konrad Lorenz, bei dem weder Lötsch noch Weinzierl Anstoß nahmen an den Lorenz'schen Behauptungen, daß angesichts der Bevölkerungsexplosion der Krankheit AIDS eine positive Wirkung zukomme und daß es bedrückend sei, daß sich die Menschen in den edleren Kulturen z.B. Europas weniger vermehrten als die Gangster in der Dritten Welt.²² Bei genauerem Hinsehen aber paßt dieser Fehltritt zu einer Reihe weiterer Aussagen von Weinzierl selbst sowie zu etlichen Kontakten zu rechten Organisationen, u.a. den Deutschen Unitariern.²³ Auf der am 6.12.1997 stattgefundenen Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings, in dessen Präsidium Weinzierl sitzt, forderte er einen "spirituellen Neuaufbruch". Auch andere BUND-FunktionärInnen und -Untergliederungen haben Kontakte zu rechten Kreisen. Beate Saitz-Weinzierl schrieb das Vorwort in einem Buch der Unitarier, in dem dann auch noch z.B. Werner Georg Haverbeck, Ex-Präsident des Weltbund zum Schutze des Lebens, Rechtsextremist und Leugner der Naziverbrechen, ein Kapitel schreibt.²³

Im Original: Hubert Weinzierl in "Das grüne Gewissen" (1993, Stuttgart, S. 159)

Wir stehen angesichts des dramatischen Bevölkerungszuwachses vor dem Dilemma, daß jeder Naturschutz zwangsläufig dort enden muß, wo die Menschenlawine alles überrollt.

Die rechten Kontakte haben im BUND Tradition – immerhin ein Verband, in dem Personen wie Herbert Gruhl Bundesvorsitzender und Konrad Buchwald Landesvorsitzender werden konnten. Als Herbert Gruhl gestürzt wurde, war Hubert Weinzierl einer seiner verbliebenen Unterstützer. Heute ist er Bundesvorsitzender.

Im Original: Reiner Bischoff, bis 1995 im BUND-Landesvorstand Baden-Württemberg und weiterhin Leiter des AK Wirtschaft und Finanzen, in seinem Beitrag "Geld und Asyl" (Remscheid, 1994)

Somit gilt heute: Eine nationale Denkweise zu haben, z.B. über Volk und Vaterland tiefere Betrachtungen anzustellen, über Gebietsabtretungen im völkerrechtlichen Sinne nachzudenken, eine kritische Haltung gegenüber der Zeitgeschichtsforschung einzunehmen, auf die Einseitigkeit der "Vergangenheitsbewältigung" hinzuweisen, sich gegen die multikulturelle Vermischung auszusprechen, die marxistisch-kapitalistische Gleichheitsideologie abzulehnen usw. – dies alles ist hierzulande ... das politisch Böse an sich. ...

Naturschutz müßte ... logischerweise den Völkerschutz mit einschließen. Und nicht nur den Schutz bedrohter Naturvölker, sondern auch den des eigenen, z.B. des deutschen Volkes. ...

Das Volk als biologisch-gesellschaftliches System hat sich meist im Laufe von Jahrtausenden entwickelt und ist hochempfindlich. Wenn an in dasselbe einfach fremde Volksteile hineinverpflanzt, löst man tiefgreifende Störungen aus.²⁵

Braune Gesinnungen haben auch manche Provinzfunktionäre des BUND. So schrieb der BUND Naturschutz Starnberg einen Brief an den Stadtrat, wo er zu einer geplanten Säuberungsaktion (genannt "rama dama") Stellung nimmt: "Nach unserer Meinung ist der Bevölkerung schwer zu vermitteln, daß arbeitende Bürger dieser Stadt als Freiwillige am Ramadama teilnehmen, während von Sozialhilfe bzw. Arbeitslosenhilfe lebende Asylbewerber spazierengehend zuschauen, wie andere ohne Honorar den 'Wohlstandsmüll' wegräumen".²⁶ Zwei immer wieder als BUNDler auftretende Personen sind zudem schon seit längerem (also auch schon zu Zeiten, wo die rechte politische Gesinnung dieser Partei noch deutlich war) im Kuratorium der ÖDP-Stiftung: Horst Haitzinger und Hermann Benjes. Letzterer fühlt sich zudem bei den FreiwirtschaftlerInnen wohl, in deren Reihen ständig rechte Gedanken und Personen zu finden sind.²⁷ Einige von ihnen werden sogar als ReferentInnen geladen, so unter anderem der Cheftheoretiker der FreiwirtschaftlerInnen, Helmut Creutz zu einem Seminar der BUNDjugend im Jahr 1993 in Braunschweig. Creutz ist auch in der rechtsextremen Kadenschmiede "Collegium humanum" aktiv. Noch drastischer gebärdete sich die BUNDjugend 1992, also sie den Ex-Präsidenten des Weltbundes zum Schutze des Lebens, Max-Otto Bruker, einlud. Allerdings sind auch andere Umweltorganisationen auf FreiwirtschaftlerInnen gut zu sprechen. 1997 lud das Unabhängige Institut für Umweltfragen Helmut Creutz als Referent ein.²⁸

Eine bemerkenswerte Tatsache ist die Vorliebe vieler deutscher Umweltzeitungen für die gleiche Druckerei, nämlich Brühl in Gießen. Dort werden gedruckt: Öko-Test, World-Watch-Magazin, die VCD-Zeitschrift fairkehr, das BUND-Blatt Na-

tur&Umwelt²⁹ und das NABU-Organ Naturschutz heute.³⁰ Ob Zufall oder nicht: Mitte der 90er Jahre kam Brühl in Verruf, weil es rechte Zeitschriften druckte, u.a. die Junge Freiheit, wie dort noch im Impressum von 1994 angegeben. Selbst wenn es keine bewußte Verbindung geben sollte, fehlt den UmweltschützerInnen auch hier wieder die notwendige Distanz zum braunen Rand der Republik. Und ganz nebenbei: Die bei Brühl gedruckte Tageszeitung "Gießener Anzeiger" ist eher konservativ, kollektive Strukturen bzw. selbstverwaltete Ökonomie lassen sich mit Aufträgen an Brühl auch nicht fördern.

Die interne Struktur

Der Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland betont nach außen gerne seine demokratische Struktur. In der Tat unterscheidet er sich von den zentral verwalteten Verbänden mit konzernähnliche Struktur (Greenpeace, WWF) dadurch, daß seine Mitglieder mindestens theoretische Mitspracherechte haben. In der Realität aber sieht das etwas anders aus. Bis ein einfaches Mitglied auf Bundesebene, wo das Verbandsimage und die politische Position entscheidend geprägt wird, mitbestimmen kann, muß es einen langen Weg zurücklegen. In der Regel gilt nämlich das Delegiertenprinzip, nach dem die Ortsgruppen Delegierte für eine Kreisversammlung benennen. Die wählen dort die Kreisdelegierten für die Landesversammlung. Und nur wer dort gewählt wird, darf einmal im Jahr auf Bundesebene mitbestimmen. Was allerdings dort entschieden wird, wird durch die Tagesordnung festgelegt. Die wird vom Bundesvorstand zu einem Zeitpunkt festgelegt, wo den Delegierten zur Bundesversammlung keinerlei Informationen vorliegen (Haushaltsplan, Geschäftsberichte usw.), auf deren Basis überhaupt eigene, fundierte Anträge gestellt werden können. So sind die Delegierten in der Regel reines Abstimmungsveh für die Vorschläge aus Vorständen oder Geschäftsstelle. Selbst Änderungsanträge zu den Punkten der Tagesordnung sind schwierig, weil die für eine überzeugende Argumentation fehlenden Hintergrundfakten fehlen. Demgegenüber bilden Vorstand und Geschäftsstelle meist einen Einheitsblock und setzen sich regelmäßig durch. Spannend wird es höchstens bei ganz globalen Fragestellungen, bei denen ein spezielles Wissen um Geschäftsführungsdinge nicht notwendig ist (z.B. in der Vergangenheit Mitgliedschaft im DNR oder Richtlinien für Kooperationen mit Firmen), sowie dann, wenn sich die Personen aus dem Vorstand bzw. der Geschäftsstelle untereinander nicht einig sind und die Versammlung entscheiden lassen wollen. Nur dann von zwei verschiedenen Seiten Anträge mit Insiderwissen untermauert werden.

Auch in anderen Fällen stellt der BUND einen stark zentralisierten Verband dar. Finanziell und personell werden die Mittel auf den Bundesverband konzentriert. Die Satzung gibt Bundes- und Landesverbänden wichtige Entscheidungskompetenzen, während z.B. Kreis- und Ortsgruppen oftmals noch nicht einmal allein rechtsfähig sind, sondern für Gründung, Satzungsänderungen oder Kontoeröffnung die Zustimmung des Gesamtverbandes (Landes- oder Bundesverband) brauchen. Auf der Bundesdelegiertenversammlung haben die Landesverbände (nicht die Basis)

soviele Stimmen, wie sie Geld an den Bundesverband zahlen. Durch eine Veränderung des Berechnungsverfahrens wird der Landesverband Bayern ab 1998 fast die Hälfte der Delegiertenstimmen stellen, wahrscheinlich mehr als doppelt so viele wie alle Ost-Landesverbände zusammen.³¹

Ein wichtiges Machtmittel der Bundes- und Landesebenen sind die zentralen Mitgliederverwaltungen. Technisch ist es einer örtlichen oder Kreisgruppe gar nicht mehr möglich, die eigenen Mitglieder direkt zu erfassen, in gegenüber den BUND-Zentralen kritische Prozesse einzubinden oder gar aus dem BUND auszutreten. Die Adressenverwaltung, die Belieferung mit Informationen, der Beitragseinzug – alles ist zentral geregelt und entzieht sich der Beeinflussung durch die örtlichen Gruppen. Die thematischen Arbeitskreise und ihre LeiterInnen müssen von den zentralen Gremien (Vorstand, wissenschaftlicher Beirat, Delegiertenversammlung) bestätigt werden. Sie haben kein Recht, für den BUND nach außen zu treten, obwohl die SprecherInnen auf der Delegiertenversammlung gewählt wurden.³² Personal- und Bündnisfragen, in der Regel die wichtigsten verbandspolitischen Fragestellungen, entscheidet allein der Vorstand.³³ Eine gewisse Kontrolle besteht im BUND durch den Verbandsrat, in dem VertreterInnen aus Landesverbänden und anderen BUND-Gliederungen Mitspracherechte eingestanden wird.³⁴ Die BUNDjugend ist ein organisatorisch weitgehend selbständiger Bestandteil des BUND. Gegenüber z.B. der Naturschutzjugend oder dem Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung zieht die BUNDjugend vor allem Personen mit Interesse an Verbandsmanagement und -strategie an. Sie sorgen dafür, daß die BUNDjugend in ihren Führungsgremien ganz ähnlich dem Gesamtverband vor allem ein Debattierclub für fachliche oder politische Positionen ist. Entsprechend groß ist die Zahl von BUNDjugend-Spitzenfunktionären, die übergangslos im Gesamtverband Führungsaufgaben übernehmen.³⁵

Der BUND hat eine Reihe von "Tochterfirmen", zum einen die zur Finanzbeschaffung (auch aus sehr schmutzigen Quellen wie Daimler Benz oder Lufthansa) gegründeten Deutsche Umwelthilfe und Stiftung Europäisches Naturerbe (siehe Kap. 5.2.1), zum anderen die Natur&Umwelt GmbH, die die Zeitschrift herausgibt und den BUNDladen betreibt, ein Versandunternehmen für Bücher, Kleidung, Kleinteile, Möbel usw., das der Beschaffung zusätzlicher Finanzmittel dient.³⁶ Zusammen mit Versicherungsunternehmen (Rheinlandversicherung, oeco capital Lebensversicherungs AG) bietet er KFZ- und Rentenversicherungen an.³⁷ BUND-Reisen heißt der Reiseveranstalter.

Fachliche und politische Aussagen

In der Masse wissenschaftlich versierter Personen wird der BUND von keiner anderen Umweltorganisation des Landes übertroffen. 19 Arbeitskreise sind mit hochkarätigen Personen besetzt. In ihnen sind viele fundierte Veröffentlichungen entstanden, sowohl im Eigenverlag als BUNDargumente, BUNDFakten oder BUNDpositionen als auch auf dem offenen Buchmarkt. Eine ähnliche Bedeutung hat hier nur noch das Öko-Institut sowie in einzelnen Themenbereichen Greenpeace.

Die politischen Positionspapiere sind sehr fundiert. Zwischen ihnen und der realen, politischen (Lobby)Arbeit klafft aber eine große Lücke. Die Arbeitskreise des BUND sind überfüllt mit TheoretikerInnen, die sich im politischen Alltag zurückhalten oder wenig durchsetzungsfähig verhalten. Viele sind Staatsbedienstete. Die vielen, titelgeschmückten Personen im BUND geben dem Verband seinen Ruf eines fachlich hochkarätigen, "edlen" Verbandes. Daß im Verbandsalltag eher die platte Mitgliederwerbung durch HaustürvertreterInnen oder bunte Werbeprospekte und der politische Kungel im Hinterzimmer gilt, wird dabei unterschlagen.

Im Original: Dirk Cornelsen in seinem (eher verbandsfreundlichen) Buch "Anwälte der Natur" (1991, Beck, München, S. 57)

Anstatt mit allen legalen Mitteln Druck auf Gesetzgeber, Regierungen und Verwaltungen auszuüben im Interesse des Natur- und Umweltschutzes, läßt sich der BUND noch immer zu sehr auf die Rolle des weitgehend wirkungslosen Beraters des Staates ein.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Pumpspeicherwerk Goldisthal (siehe Kap. 5.2.2) äußerten mehrere BUND-FunktionärInnen ihre Enttäuschung über die Aufgabe politisch-inhaltlicher Positionen.

Im Original: Wolfgang Baumann, ehemaliger AK-Recht-Sprecher des BUND, auf der BUND-Delegiertenversammlung 1997 mit Bezug auf die Aufgabe inhaltlicher Positionen

Ich bin zurückgetreten als Sprecher des AKs Rechtsfragen, weil sich derartige Fragen in letzter Zeit gehäuft haben. Es stellt sich die Frage, ob man im richtigen Verband ist oder man nicht einen neuen Verband aufmachen müßte.

Insgesamt steht außer Frage, daß der BUND ein großes fachliches Know-How eingebunden hat. Allerdings tragen auch die Fachleute dazu bei, daß fundamentale Positionen aufgegeben werden. Aus einzelnen Texten ist sogar herauszulesen, daß fundamentale Positionen als unwissenschaftlich bewertet werden. Der Drang zur Befassung mit den Details entfremdet den BUND in immer mehr Themen von einem grundsätzlichen Widerstand.

Im Original: Auszüge aus der Dokumentation zur Gentechnologie-Tagung des BUND (20. April 1997)³⁸

Auf der letzten DV war auch die Rede von Glaubwürdigkeit gegenüber der Politik und den Medien, die wir stärken würden, wenn wir differenzierter argumentieren, wenn wir neue Sachverhalte in unsere Positionsfindung auch mit einbeziehen würden – wenn wir auf den Punkt gebracht weniger fundamentalistisch wären. ... Aber wir müssen auch darauf achten, in einer solchen "schleichenden Anpassung" unsere Identität und unsere Ziele nicht zu verlieren – eine Befürchtung, die meines Erachtens viele von uns hatten, als um "Kriterien" und "Ausnahmeregelungen" diskutiert wurde. (Hubert Weinzierl, S. 4)

Bereits 1988 hatte die BUND-Bundesdelegiertenversammlung in Lüneburg zunächst eine strikte Ablehnung der Gentechnik in allen Bereichen und Facetten beschlossen und dann – nach einer gründlicheren Diskussion – 1990 in Hagen differenzierter Stellung bezogen und im medizinischen Bereich Ausnahmen im Einzelfall beschlossen. (Manuel Kiper, S. 49)

In der Realität der politischen Arbeit werden fachlich-politische Positionen in der Regel durch verbandsstrategische Überlegungen ersetzt. Verantwortlich dafür sind vor allem der Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle des BUND.

Im Original: Auszüge aus einem Protokoll der Sitzung des Trägerkreis (TK) zur Aktion "Mobil ohne Auto" mit Kritik an der Aktionsdurchführung (anwesend waren Peter Westenberger vom BUND, Hinrich Kählert vom VCD und Ulrike Janssen vom Klimabündnis), das Treffen war auch MOA-Mitwirkenden nicht bekanntgegeben worden.³⁹

... Kooperationspartner von Trägerkreisverbänden (z.B. DB AG) werden in Presseerklärungen verunglimpft. ... Abgerundet wurde das Bild durch die Pressekonferenz am 13.6.97 (schlampiges Auftreten, keine Vorstellung der Redner, Transparent "Wer stolz auf sein Auto ist, ist schuld am Tod von Millionen von Bäumen" ... Zum Glück war nur sehr wenig Presse anwesend! ... Zukünftige Struktur ... MOA "sterben lassen": Diese Lösung wurde von den anwesenden TK-Mitgliedern verworfen, da die weiterwuschelnde Bundeskoordination großen Flurschaden für die TK-Verbände anrichten kann (s.o. Kooperationspartner, aber auch beim UBA). ...

Im Herbst 1997 sickerten Überlegungen aus dem Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen durch,⁴⁰ in der Atompolitik eine klarere Position zu beziehen. Danach sollte die "geltende Rechtsauffassung", nach der Atomenergie mit dem Grundgesetz vereinbar sei, angezweifelt und damit der herrschenden Politik und den Gerichten fortgesetzter Rechtsbruch vorgeworfen werden. Noch bevor das Gedankenpapier in den BUND-Gremien verabschiedet wurde, meldeten sich viele BUND-FunktionärInnen zu Wort, die forderten, daß der BUND bedingungslos im Rahmen der Gesetze bleiben müsse. Der Vorgang zeigt, daß im BUND noch ein spürbares Potential radikaler Personen agiert, das jedoch nur selten zum Vorschein kommt und vor allem auf Bundesebene keine Chance hat.

Selbstdarstellung und fehlende Bündnisorientierung

Typisch für den BUND ist eine alles überprägende Selbstdarstellung. BUND-Schriftzug und -Emblem und das ständige Erwähnen des eigenen Verbandes überdecken zum einen oft die inhaltlichen Positionen, zum anderen erschweren sie die Zusammenarbeit mit weiteren Verbänden. Bei den Veröffentlichungen des BUND dominiert der Verband die Titelgestaltung. Werbeblätter beinhalten geradezu peinliche Selbstbeweihräucherungen. Selbstkritik gibt es kaum. Die Zeitschrift Natur&Umwelt, seit Ende 1997 in konsequenter Verbandsmeierei in "BUNDmagazin" umbenannt,⁴¹ ist kein umweltpolitisches Organ, sondern gefüllt von Selbstdarstellung, -belobigung und ständiger Wiederholung des Namens BUND. Damit wird die Chance vertan, die 220.000 Mitglieder mit umweltpolitischen Inhalten zu erreichen. Vielleicht ist sich der BUND aber auch nur unsicher, ob die eigenen, zum Teil per Haustürwerbung gewonnen Mitglieder überhaupt klare Positionen mitbringen würden oder eine stärkere politische Orientierung den Spendeneingang gefährden würde. Mit leichter Lesekost sollen sie als Mitglieder (politisches Gewicht und finanzielle Basis) bei der Stange gehalten werden – mehr nicht.

Mehrfach hat der BUND Aktionen anderer oder gemeinsame Projekte zu seiner eigenen Darstellung mißbraucht. So zeigt er sich auch in neuester Zeit noch als aktionsorientierter, kampfbewußter Verband, in dem er Fotos in seine Veröffentlichungen einbringt bzw. in der Fotobeschreibung als eigene Aktion darstellt, die Aktionen anderer zeigen (z.B. Besetzungen von Genfeldern).

Im Original: Fotounterschrift unter einem Bild eines besetzten Genversuchsfeldes

Wie hier in Buggingen (Südbaden) halten BUNDaktive überall dort, wo genmanipulierte Pflanzen ausgesät werden, die Äcker gewaltfrei besetzt.

Beteiligung von BUND-Spitzenfunktionären bei den Anti-CASTOR-Protesten im März '97 im Wendland (Auszug aus Selbstdarstellung, wo verschiedene Personen in BUND-Uniform und mit großem Transparent zu sehen sind)⁴²

BUND-Aktionsgruppe David ... Gorleben im März 1997. Eine kleine Gruppe von Ehren- und Hauptamtlichen des BUND sowie der BUNDjugend agiert zum ersten Mal unter einheitlichem BUND-Outfit als "Gruppe David" ... Der BUND ist vor Ort. ... Sitzblockade, gekrönt durch das BUND-Banner. ...

Richtig peinlich ist es, wenn BUND-FunktionärInnen selbst mitten in der Landschaft bei Aktionen große BUND-Banner aufstellen, ohne daß darauf neben dem BUND-Schriftzug und -Emblem auch nur irgendetwas anderes zu sehen war.⁴³ Ende 1997 verweigerte sich der BUND einer gemeinsamen Aktion mehrere Verbände gegen den Plan von Coca Cola, deutschlandweit neue Dosenautomaten aufzustellen. Parallel warb er mit T-Shirts, CDs und Skateboardshows bei der inhaltleeren "Overdose"-Aktion um Mitglieder.⁴⁴

Neben die übertriebene Selbstdarstellung tritt zudem in neuester Zeit eine Modernisierung des Verbandes hin zu einem abgehobenen "Konzern", der aus einer starken Geschäftsstelle heraus zum einen öffentlichkeitswirksame Kampagnen durchführt sowie zum anderen Lobbyarbeit bei den PolitikerInnen und der Wirtschaft durchführt. Eine Unterstützung der Basis oder eine den öffentlichen Druck steigernde Tätigkeit ist nicht mehr sichtbar. Die Kampagnen sind inhaltsleer und nur danach ausgelegt, was "gut ankommt". 1997 liefen u.a. die Kampagnen "Zukunftswald" (Pflanzen von Bäumen, teilweise Aufforstungen ohne Gewinn für den Naturschutz, aber unter pressewirksamer Beteiligung amtierender PolitikerInnen; für die Kampagne wurden 200000 DM eingenommen, aber nur 60000 DM ausgeben, davon ein kleiner Teil für die Bäume selbst⁴⁵) und "Overdose" (s.o.). Nicht zufällig dürfte sein, daß der BUND in seine Geschäftsstelle eine bisherige Spitzenkraft von Greenpeace übernahm (Dorit Lehrack, vorher Leiterin des Ostbüros von Greenpeace). Ihr vorheriger Arbeitgeber ist Vorbild. Das Ziel: Maximale Image- und Spendenwerbung. Der Umweltschutz rückt in den Hintergrund.

Bei der Delegiertenversammlung 1997 beklagten einige ältere RednerInnen denn auch die immer höheren Personalkostenanteile, den Rückgang von Mitteln, die dem konkreten Umweltschutz zugutekommen (Rechtshilfefonds u.a.) sowie die Verknüpfung der Fachpersonalstellen mit der Vorgabe, durch die politische Lobbyarbeit auch eigene Einnahmen zu erzielen, was die Unabhängigkeit der handelnden Personen einschränke, da die VerhandlungspartnerInnen oft auch potentielle oder tatsächliche GeldgeberInnen sind.⁴⁶

Im Original: Leserbrief von Rudolf Blais, Anti-Tunnel GmbH, in "Der Rabe Ralf", 1/98⁴⁷

Auch in Berlin sehe ich die BUND-Führungsebene von solchen Anpassern durchsetzt, die Verbandsreformen ... blockieren. ... Seit Ende der 80er Jahre sehe ich die BUND-Entwicklung weg von einer Umweltbewegung hin zu einer Beschäftigungsgesellschaft oder einer Umweltbehörde.

3.2.2 Naturschutzbund Deutschland (NABU)

Der NABU ist der älteste der großen Umweltverbände. Erst in den letzten Jahren wandelte er sich zu einer Organisation, die alle Bereiche des Natur- und Umweltschutzes abdeckt, weiterhin aber einen klaren Schwerpunkt in den Bereichen des Arten-, Biotop- und Landschaftsschutzes hat. Anders als der BUND, der nur in Süddeutschland eine wirkliche flächendeckende Basis hat und sonst meist nur in Kreisgruppen organisiert ist, verfügt der Naturschutzbund über sehr viele kleine, lokal aktive Gruppen. Hinzu kommen eigenständige örtliche Vogel- und Naturschutzgruppen, Foto- und Vogelliehabervereine, die in Teilbereichen mit den Naturschutzbund zusammenarbeiten.⁴⁸

Der Naturschutzbund hat wie der BUND fast 220.000 Mitglieder und ca. 80 hauptamtliche MitarbeiterInnen. Der Etat stieg von 1987 bis 1994 von 2,6 auf 20,3 Mio. DM. Damit steht der NABU in der Geldrangliste nach Greenpeace und WWF an dritter Stelle. 1996 lag der NABU bei 27,5 Mio. DM, einer Steigerung um 4,2 Mio. DM gegenüber dem Jahr davor. Erhöht hatten sich die Einnahmen aus Beiträgen und Spenden sowie vor allem die öffentlichen Zuschüsse.⁴⁹

Die Geschichte des NABU⁵⁰

Gegründet wurde der Naturschutzbund 1899. Als Gründerin wird die Industrielengattin Lina Hähnle genannt. Sie steht für eine zu der Zeit durchaus typische Gruppe von Menschen aus der bürgerlichen Oberschicht, die sich für das Wohl der Vögel bzw. der Natur insgesamt einsetzten. Der Gründung geht die Arbeit etlicher örtlicher Vogelschutzgruppen voraus, die sich ab ca. 1870 gründeten. Der als Bund für Vogelschutz gegründete Verein erwarb 1911 erstmals größere Flächen am Federsee. Von den Nazis wurde der Verband gleichgeschaltet, d.h. mit anderen Gruppen zum Reichsbund für Vogelschutz zwangsvereint. Bemerkenswerterweise machten die VogelschützerInnen diese Gleichschaltung mit, teilweise begrüßten sie sogar die dadurch vergrößerte Basis und die direkten Kontakte zu staatlichen Stellen. Selbst 1987 hatte der ehemalige Landesvorsitzende von Baden-Württemberg und stellvertretende Bundesvorsitzende Horst Hanemann keinen Meinungswandel vollzogen und beschrieb die Nazizeit unkritisch bis positiv. Auch im Naturschutz-heute-Sonderheft (Nr. 4.5/89) zum 90jährigen Jubiläum findet sich nur eine völlig neutrale Darstellung.

Im Original: Auszug aus der DBV-Chronologie "Bund für Vogelschutz" von Horst Hanemann zur Gleichschaltung (1987, Wiesbaden)

Diese neue Verpflichtung, in Zukunft als "halboffizieller Verein" tätig zu sein, nahm der Bund für Vogelschutz begeistert auf ... Die Tätigkeit im Reichsbund war rege. Die Leitung war politisch zurückhaltend, soweit ihr dies möglich war. Natürlich war man sehr erfreut über das große Interesse seitens der Regierung am Schutz der Natur, des Waldes und allgemein der wildlebenden Tiere.

Erst 1938 verließ Lina Hähnle die Leitung des Verbandes, was zeigt, daß auch sie mit der Gleichschaltung durch die Nazis leben konnte. Ihr Nachfolger wurde Reinhard Wendehorst, als Ministerialrat Chef aller Ingenieurschulen im Reich.

Eine Aufarbeitung der Naziverwicklungen hat es im Vogelschutzbund bis heute nicht gegeben. Nach dem Krieg knüpften einige Mitglieder direkt an die Vergangenheit an. Sie wählten Hermann Hähnle, Sohn der Gründerin Lina Hähnle, zum neuen Präsidenten des Vereins. 1951 war der Bund für Vogelschutz wieder flächendeckend vorhanden, nur in Bayern blieb der Landesbund für Vogelschutz eigenständig. Er ist es bis heute. 1965 schuf der Verein eigenständige Landesverbände und nannte sich in Deutscher Bund für Vogelschutz (DBV) um. Neuer Vorsitzender wurde Sebastian Pfeifer, der wissenschaftliche Direktor der staatlichen Vogelschutzwarte in Frankfurt. Der Weißstorch wurde zum Emblem. Artenschutz stand im Mittelpunkt. Der Vorsitz wechselte an Claus König, ebenfalls einen Ornithologen. In seiner Zeit kam es zu den ersten Konflikten um Führungsstil und Inhalte des Verbandes. Einer der Höhepunkte war der Versuch, die eigene, inzwischen gegründete und der Führung gegenüber kritische Jugendorganisation aufzulösen sowie ihren damaligen Sprecher, den jetzigen Präsidenten Jochen Flasbarth, auszuschließen. Mit der DBV-Jugend und vor allem den norddeutschen Landesverbänden war aber eine starke Strömung für eine Aufweitung der Themen über den Vogelschutz hinaus entstanden. Letztlich konnten die Gruppe reiner VogelschützerInnen sich nicht länger halten. Für nur wenige Monate wurde Prof. Berndt Heydemann, bekannt als radikaler Naturschützer, Präsident des DBV. Sein vorgelegtes Tempo bei der Umgestaltung des Verbandes war vielen konservativen Kreisen zu hoch. Heydemann legte sein Amt nieder. Den langsamen Wandel hin zu einem modernen Naturschutzverband hielt das aber nicht auf. Zweimal noch wurden recht farblose Präsidenten gewählt, zunächst der Beamte im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium, Hans Scholten, und dann, 1988 bis 1992, der CDU-Mann Klaus Dürkop.⁵¹ Beide Amtszeiten waren eher Zeiten der Stagnation, in denen sich aber jüngere Mitglieder, die zu einem großen Teil aus der Jugendorganisation stammten, auf wichtigen Posten breit machten und zum Sprung an die Spitze formierten, z.B. in der Redaktion der in "Naturschutz heute" umbenannten Vereinszeitung, in der Geschäftsstelle, in einzelnen Landesverbänden und internen Kommissionen. Zudem setzten sie einige radikalere Positionen des Verbandes durch, z.B. den Schutz der Rabenvögel, der auf die Kritik der vielen Jäger im Verband stieß. Die konservativen VogelschützerInnen waren den Managementfähigkeiten der Jüngeren weit unterlegen. Als Flasbarth dann 1992 zum Präsidenten gewählt wurde, hatte er den Verband voll im Griff. Er wird hauptamtlich vom Verein bezahlt und kann daher auch die Angestellten der Geschäftsstelle rund um die Uhr für seine Zwecke einsetzen.

Die DBV-Jugend, die sich frühzeitig in Naturschutzjugend umbenannte, unterstützte zwar die inhaltlichen Veränderungen, z.B. 1986 die Position des Verbandes gegen Atomkraft gegen die Kritik konservativer Untergruppen verteidigt, forderte ab 1987 aber mehr: Hierarchie- und bürokratiefreie Strukturen, aktions- und projektorientierte Arbeit sowie politisch radikalere Positionen (siehe Kap. 3.6). Die Ex-JugendfunktionärInnen um Jochen Flasbarth sahen sich plötzlich selbst in der Rolle der Kritisierten. Sie strebten einen zentralistischen Verband an, dessen Spitze sie

eines Tages selbst einnehmen wollten. Und sie schafften, was ihre früheren Widersacher aus den Vogelschutzkreisen mit ihnen nicht hinbekommen hatten: Im Jahr 1990 schmissen sie ihre Hauptgegner aus dem Verein und säuberten in der Folgezeit Bundes- und Landesjugendvorstände von kritischen Personen, was in einigen Ländern nicht gelang oder zur Zerschlagung der ganzen Jugendarbeit führte.⁵² Die Öffnung der DDR-Grenzen nutzte der Naturschutzbund geschickt. Ihm gelang die Fusion mit den, sich während der "Wende" aus den staatlichen Zusammenhängen lösenden, Naturschutzgruppen, die sich noch vor der formalen Wiedervereinigung als Naturschutzbund in der DDR formiert hatten. Der westliche, zu dieser Zeit in Deutscher Naturschutzverband umbenannte ehemalige Deutsche Bund für Vogelschutz nahm die Gelegenheit beim Schopfe, über die Fusion eine erhebliche Vergrößerung des Verbandes und die Schaffung eines modernen Namens zu erreichen. Vor allem die alten Ornithologenkreise hatten einer zeitgemäßen Namensgebung immer im Wege gestanden. Da es sich um seine Satzungsfrage handelte, mußte eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die Änderung erreicht werden.

Im Original: Auszug aus der Schrift "Gesellschaftliche Tätigkeit" im Wandel (S. 53)¹

Der "NATURSCHUTZBUND der DDR" gründete sich im März 1990 mit massiver finanzieller Unterstützung des DDR-Umweltministeriums und des (westdeutschen) Deutschen Bund für Vogelschutz (DBV). Er schloß sich 1991 mit der DBV zum Naturschutzbund Deutschland (NABU) zusammen, der Naturschutzbund kann in den neuen Bundesländern personell und z.T. inhaltlich durchaus als Fortsetzung der GNU bezeichnet werden. Mitglieder des alten Zentralvorstands der GNU und einiger Zentraler Fachausschüsse fanden sich dort wieder und arbeiten ähnlich wie zu Zeiten der DDR.

Wirtschaft und Politik

Viele der alten Vogelschutzkreise waren dominiert von Personen, die auf staatlichen Stellen saßen – allerdings selten auf Posten, die politische Entscheidungsgewalt beinhalteten. Vielmehr waren es Vogelschutzwarten, Naturkundemuseen und ähnliche Einrichtungen. Da der Verband kaum politische Ziele verfolgte, kam es auch nicht zu Problemen aus diesen Überschneidungen. Selbst die Nazizeit kann nicht so gewertet werden, daß der Vogelschutzbund staatsnah war. Er war einfach unpolitisch und ließ mit sich geschehen, was die Herrschenden wollten. So verlief die Geschichte des Verbandes weiter, und so ist sie auch heute noch. In den Spitzengremien findet sich eine bunte Mischung an Führungspersonen, die zwar überwiegend aus gesellschaftlichen Führungsschichten kommt, aber aus sehr unterschiedlichen. Etliche Wirtschaftsleute sind darunter, mal ein CDUler, mal ein SPDler, mal ein GRÜNER usw. Klar erkennbar ist aber, daß der Verband insgesamt eine sehr staatskonforme Position hat. Als Nachzügler hinter dem viel früher politisierten BUND versuchte der Naturschutzbund in der neuen Führung managementversierter Personen in der Medienarbeit, in politischen Gremien und auf dem Spendenmarkt Fuß zu fassen. Unter dem Einfluß von Flasbarth und seinen UnterstützerInnen eroberten sie Vorstandsposten und Einfluß im Deutschen Natur-

schutzing, im Deutschen Umwelttag und in anderen Dachorganisationen. Der Ausbau der Geschäftsstelle, moderne Technik usw. wurden innerhalb weniger Jahre bewältigt. Die Verbandszeitschrift "Naturschutz heute" ist wesentlich professioneller aufgemacht als das Blatt des BUND, dessen "BUNDmagazin" noch immer einem Rundbrief mit Vereinsnachrichten ähnelt.

Erste Gehversuche im umweltpolitischen Bereich verliefen eher peinlich niveaulos wie Jochen Flasbarths Unterschrift unter den Ökologischen Marshallplan (siehe Kap. 5.1.2) oder die Initiative "Umweltschutz in Grundgesetz", die eine vom konservativen CDU-Mann Rupert Scholz entwickelte, schwache Formulierung beinhaltete und von Personen wie Oskar Lafontaine, Franz Alt, Hennig Voscherau, Hans-Jochen Vogel sowie etlichen politisch farblosen oder anstößigen Personen des öffentlichen Lebens (z.B. McDonalds-Werbefigur Thomas Gottschalk) mitgetragen wurde.⁵³ Ein programmatischer, politisch umfassend aktiver Verband aber ist der Naturschutzbund erst in den letzten Jahren geworden. In den Landesverbänden und vor allem den Kreis- und Ortsgruppen fehlen dazu nach wie vor die Kapazitäten und die nötige politische Orientierung.

Im Original: Protokoll des Landesverbandes Niedersachsen vom 20.10.89 (der namentlich genannt Olaf Tschimpke ist Landesgeschäftsführer)

Tschimpke erklärt, daß es dem Landesverband aus personellen und finanziellen Gründen nicht möglich sein wird, langfristige Projekte durchzuführen.

Auszug aus dem Protokoll der niedersächsischen Jahreshauptversammlung vom 10.6.89 ("er" = Kreisvorsitzender Matthias Schreiber, Osnabrück)

... Er vermißt Ziele und Wege für ein Konzept und wirft dem Landesverband Orientierungslosigkeit vor.

Exemplarisch für das fehlende politische Gespür ist ein Interview mit dem wohl fachlich hochkarätigsten Spitzenfunktionär des NABUs, dem Vizepräsidenten Prof. Michael Succow,⁵⁴ in der Ausgabe 1/97 von Naturschutz heute, in dem dieser es für sinnlos hält, die Großtrappe auf deutschem Boden zu schützen. Stattdessen sollten die dafür bereitstehenden Gelder nach Spanien oder Südrußland transferiert werden. Hintergrund war der Bau der ICE-Trasse Hamburg-Berlin, die Großtrappenpopulationen gefährdet. Succows Vorschlag⁵⁵ schwächte die Position derer, die die Trasse ablehnten oder verändern wollten.

Ende 1997 beschwerte sich der Vorsitzende des Naturschutzverbandes Niedersachsen, Remmer Ackerman, daß der NABU-Landesverband beschlossen habe, jeweils 100 Tage vor einer Wahl keine politischen Aussagen mehr zu machen.

Hierarchisch und zentralistisch

Die Zahl managementererfahrener FunktionärInnen im Naturschutzbund war Anfang der 90er Jahre noch sehr klein. Außer der Gruppe um Jochen Flasbarth und wenigen Hauptamtlichen in einigen Landesgeschäftsstellen besaß nur die Naturschutzjugend noch eine moderne, organisatorisch Struktur. Das war im BUND ganz anders, da er sich aus ehemaligen BIs oder VerwaltungsmitarbeiterInnen zu-

sammensetzte, die viel Organisations-Know-How einbrachten. Diese fehlende Strategie im Naturschutzbund dürfte der wesentliche Grund sein, warum es Jochen Flasbarth und seinen UnterstützerInnen so einfach gelang, in die Machtzentren des NABU zu gelangen und den Verband in einer beeindruckenden Art gleichzuschalten. Im Naturschutzbund gibt es kaum innerverbandliche Querelen oder Kritiken, der Bundesverband hat das Geschehen fest im Griff.

Der Umgang mit innerverbandlichen KritikerInnen blieb auch über 1990 hinaus rigoros, das Kritikpotential ebte aber schnell ab, weil gerade der Naturschutzbund von 1990 bis 1993 eine große Zahl radikaler Personen verlor, die versuchten, über offene Projekte und Bündnisse sowie bis zu 40 Umwelt- und Projektwerkstätten eine neue Arbeitsstruktur außerhalb des NABU aufzubauen (siehe Kap. 3.6).

Besonders stark machte sich dieser Verlust in der Naturschutzjugend bemerkbar. Sie ist zu einem völlig unbedeutenden Naturkundeverein heruntergekommen (natürlich mit lokalen Ausnahmen), die im Gesamtverband keine Bedeutung hat. In der Jugend gibt es nur wenige Einzelpersonen mit strategisch-politischen Interessen. Folge ist, daß kaum FunktionärInnen der Naturschutzjugend später im Gesamtverband Ämter übernehmen. Als noch die jetzt im Gesamtverband tonangebenden Personen um Jochen Flasbarth, Christian Unselt, Helge May und andere im Jugendbereich aktiv waren, war das ganz anders. Ihre UnterstützerInnen von damals sind jetzt im Bundesvorstand. Der damalige Landesjugendsprecher von Nordrhein-Westfalen, Josef Tumbrinck, ist jetzt dortiger Landesvorsitzender, sein Kollege aus Hessen, Christoph Heinrich, ist NABU-Naturschutzreferent.⁵⁶

Im Original: Florian Schöne, einer der letzten profilierten Naturschutzjugendfunktionäre, in einem Interview in Naturschutz heute, 3/93 (S. 42)

Da stoße ich immer wieder an Grenzen, die durch irgendwelche hierarchischen Strukturen oder Autoritäten oder sonst was vorgegeben sind. ... Der NABU macht es Leuten unheimlich schwer, Projekte aufzuziehen. ...

Jochen Flasbarth, damals bereits Präsident des Gesamtverbandes, als Antwort

... Ich behaupte, ein Verband dieser Größenordnung braucht diese Strukturen, sonst gäbe es ihn nicht.

Widerrede von Florian Schöne: Das ganze Verfahren, wie Entscheidungen im Verband zustandekommen, ist mir zu langwierig: daß Kampagnen, Projekte, Aktionen immer erst aufgeschoben werden müssen bis zur nächsten Delegiertenversammlung ... Was mir vorschwebt, ist ein aktionsorientiertes Netzwerk, das schneller handeln kann ...

Jochen Flasbarth: Ich halte diesen Ansatz für zutiefst undemokratisch. Ein Verband muß Gremien haben, in denen gewählte Vertreter überlegen: Wo sind Prioritäten, wo wollen wir politisch etwas erreichen, mit welcher Kampagne schaffen wir das?

Positiv muß dem Naturschutzbund bescheinigt werden, daß seine Untergliederungen weitgehend eigenständig aktiv sein können. Viel mehr als im BUND sind sie oftmals selbst eingetragene Vereine und können daher auch selbst rechtsverbindlich entscheiden. Austritte ganzer Gruppen kommen daher immer wieder vor, aber auch der umgekehrte Fall (Auflösung und Neugründung "von oben") ist bekannt.⁵⁷ Hauptgrund für diese gegenseitige Duldung ist jedoch der mangelnde Kontakt zwischen Bundesebene und Basis. An der Basis arbeiten oft noch konservative Vogelschützer ohne umweltpolitische Inhalte. In den meist reinen Män-

nerclubs der Vogelschutz-Ortsgruppen, deren Hauptaufgabe oft der Bau ihres Vereinsheimes ist, sind des häufigeren Frauen- und AusländerInnenwitze zu hören. Jäger, Angler, Wanderer und andere tummeln sich in den Gruppen und ihren Vorständen.⁵⁸ Mit der Bundesführung haben sie wenig am Hut.⁵⁹

Wer ist Mitglied im Naturschutzbund?

Der ursprüngliche Stamm an Mitgliedern stammt aus dem Vogelschutz bzw. anderen Naturliebhabereien. Auch heute sind noch viele Kreis- und Ortsgruppen von ihnen geprägt. Vor allem in Baden-Württemberg und in Hessen ist die Zahl örtlicher Gruppen teilweise sehr hoch (z.B. im Kreis Gießen mit 18 Gemeinden ca. 50 Ortsgruppen, zudem noch ca. 30 unabhängige Vogelschutzgruppen). Die FunktionärInnen auf Landes- und Bundesebene entsprechen dieser Basis überhaupt nicht.

Durch ausgedehnte Mitgliederwerbemaßnahmen mit Haustür-Werbefirmen ("Drückerkolonnen") ist der Mitgliederbestand um eine große Zahl von Passivmitgliedern angewachsen, die keiner bestimmten soziologischen Gruppe mehr zuzuordnen ist. Die Zahl der Jäger und Angler geht kontinuierlich zurück, da sie im Naturschutzbund keine Basis für ihre Freizeitbetätigung mehr sehen. Ebenso gibt es einen Schwund bei den VogelliebhaberInnen aus Altersgründen. Traditionell gibt sich der NABU familienfreundlich, hat hierfür besondere Beitragsätze und gewinnt so aus dieser Gruppe neue Mitglieder. Bei allen gilt: Ganz anders als beim BUND gibt es kaum eine Verzahnung zwischen "oben" und "unten". Eher wurstelt jeder so vor sich hin.

Das liebe Geld ...

Spenden von Privatpersonen erhält der Naturschutzbund schon länger, denn seine Artenschutzbemühungen sind in vielen Kreisen beliebt und auch pressewirksam. Erst in den letzten Jahren aber der Naturschutzbund professionelle Strategien bei der Finanzbeschaffung entwickelt, z.B. Mailings und Sponsoringvereinbarungen. Ende der 80er Jahre war noch ein sich anbahnendes Sponsoring mit der Commerzbank gescheitert, weil die Bank feststellte, daß der Vogelschützerverband zu wenig professionell arbeiten würde.⁵⁹ Inzwischen haben etliche Großfirmen den Naturschutzbund als Werbepartner entdeckt, darunter erneut die Commerzbank (siehe Kap. 5.2.1).

Nur noch geringe Tätigkeiten laufen im eigenwirtschaftlichen Bereich. Früher waren der DBV-Verlag und ein eigener Reiseveranstalter wesentlicher Teil des Gesamtverbandes. Die Verlagsmacher stammten aus der Vogelschutz Ecke und führten das Geschäft in den alten inhaltlichen Feldern selbständig weiter, auch nachdem der Verband sich thematisch geöffnet hatte. Hinzu kam die Entscheidung des Verbandes, viele Büroarbeiten in die neue Geschäftsstelle nach Bonn zu holen, wodurch die alte Verwaltungseinrichtung in Kornwestheim überflüssig wurden.⁶⁰ Kampagnen zur Mitgliederwerbung oder Spendenakquise entstanden bundesweit erst in den 90er Jahren. Auch hier waren die ersten Ansätze bemerkenswert ni-

veulos, z.B. das Aufdrucken des Emblems (Storch mit Schriftzug) auf Billigbonbons. Jochen Flasbarth verteidigte diese Öffentlichkeitsarbeit gegen Kritik aus der Naturschutzjugend. Merkmal für die heute strategischere "Jagd" nach dem Geld ist auch, daß der Naturschutzbund in den letzten Jahren Mitträger der großen Spendenwaschanlagen im Naturschutz geworden ist, der Deutschen Umwelthilfe und der Stiftung Europäisches Naturerbe. Über Fedor Strahl, einem langjährigen Förderer von Jochen Flasbarth und selbst Industrieller, ist der NABU inzwischen auch im Vorstand der Stiftung vertreten. Sponsorings wurden u.a. mit der Lufthansa, dem Otto-Versand und unicom direkt⁶¹ gestartet.

Als finanzielles Großprojekt baute der NABU die Blumberger Mühle zum Informationszentrum aus. Der gigantische Geldaufwand wurde gedeckt aus:

- 5,4 Mio. DM von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.
- 7,4 Mio. DM vom Land Brandenburg einschl. genutzter EU-Mittel.
- 1,5 Mio. DM aus Spenden.⁶²

Fachliche Fragen

Seit der Gründung und bis heute ist die naturwissenschaftliche Arbeit ein wesentlicher Schwerpunkt des Naturschutzbundes. Schon in den 80er Jahren gründeten sich einige, meist von Landesverbänden getragene Institute, biologische Stationen oder Naturschutzzentren. In Landes- und Bundesverbänden gab es verschiedene Arbeitskreise zum Arten- und Biotopschutz, meist zur Naturkunde, z.B. zur Erforschung der Tierwelt. Bei der Fusion mit dem ostdeutschen Naturschutzbund 1990 übernahm der Gesamtverband dessen Struktur der Bundesfachausschüsse. In diesen wird zwar fachlich gearbeitet, jedoch gelangen nur selten Initiativen oder Ergebnisse nach außen. Die in den Fachausschüssen engagierten Personen sind überwiegend politisch desinteressierte NaturwissenschaftlerInnen. Zu den Fachausschüssen wurde ein koordinierender wissenschaftlicher Beirat geschaffen, also insgesamt eine dem BUND vergleichbare Struktur, jedoch mit stärker im naturkundlichen liegenden Themenfeldern.⁶³

Das Gut Sunder in Niedersachsen führt regelmäßig Seminare durch und trägt inzwischen den Namen "Akademie", was ebenfalls auf den wissenschaftlichen Schwerpunkt hinweist.

Obwohl der Einfluß von Jägern und Förstern zurückgeht, ist er dennoch zu spüren. Deutlich wurde das, als die Umweltverbände gemeinsam (immerhin!) versuchten, eine Zertifizierung für Holz aus naturnahem Waldbau zu schaffen. Am Ende gab es drei Siegel. Neben dem WWF, der seine internationalen Beziehungen zu Holzhändlern behalten wollte, scheiterte das gemeinsame Siegel auch am NABU und seiner Rücksichtnahme auf die Förster im Verband. Er kreierte ein eigenes Zeichen unter dem Namen "Ecotimber". Die fachlichen Anforderungen sind geringer, das Spritzen von Holzstapeln im Wald ist nicht ausgeschlossen, naturnahe Waldparzellen sind nicht vorgeschrieben.⁶⁴

3.2.3 Worldwide Fund for Nature (WWF)

Vom WWF ist das Kürzel und sein Emblem, der Panda-Bär, bekannter als der genaue Name. So konnte dieser unbemerkt einige Male geändert werden. Ursprünglich als World Wildlife Fund gegründet, zeigt sich schon in diesem Titel, daß es vor allem um Tiere ging. Im Vordergrund standen große Tiere, die Säugtiere der Serengeti oder andere populäre Arten. Auch in Deutschland standen die großen und bekannten Arten im Vordergrund, z.B. der Seeadler oder der Kranich. Die draußen operierenden WildhüterInnen nannten sich standesgemäß auch "Ranger", am liebsten in olivgrüner Uniform und gleichfarbigem Geländewagen im selbstlosen Kampf für die bedrohte Kreatur. Mit diesen Bildern ließ sich auch Kasse machen. Schon früh war der WWF der professionellste Spendeneintreiber. Heute versucht er, sein thematisches Spektrum zu erweitern, in umweltpolitischen Debatten mitzuwirken. Dazu passen seine Namensveränderungen. Angehängt wurde "for nature", dann das Ganze geändert in World Wide Fund for Nature (seit 1986). Gemerkt hat das kaum jemand, denn die Abkürzung blieb gleich. Der WWF hat heute ca. 100 Hauptamtliche, etwas mehr als 200 Ehrenamtliche und 160.000 FördererInnen ohne Rechte.

Im Original: Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, zitiert nach natur 11/86 (S. 25) im Text über den WWF

... handlungsfähig in dieser Welt ist nur jener", so die Philosophie von Prinz Philip, ... , "der auch die Rechnungen für Rettungskosten der zerstörten Umwelt bezahlen kann."

Verbandsmanager Dietrich Haag zur Vorstandslinie des WWF im gleichen Text (S. 28)

"Wir müssen wie ein Unternehmen handeln ...".

Ein Blick in die vergangenen Jahre

Der deutsche WWF ist Teil der internationalen Organisation. Das ist, neben den hohen Spendeneinnahmen eine Parallele zu Greenpeace. Und auch die Struktur hat Ähnlichkeiten: Eine allmächtige Zentrale und Mitglieder, denen nur die Pflicht des Geldzahlens zukommt.

Der WWF Deutschland wurde 1963 gegründet, und zwar als Stiftung. Stiftungsstrukturen weisen in der Regel keinen demokratischen Unterbau auf. Im WWF regieren drei Gruppen mit unterschiedlichem Gewicht: Der eher repräsentierende Stiftungsrat, der Vorstand und die Geschäftsführung. Neben der zentralen Geschäftsstelle in Frankfurt verfügt der WWF inzwischen über verschiedene Außenstellen, besetzt mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen (Wattenmeerschutz, Kranichschutz, Auenschutz, Umweltpädagogik usw.). Anfang der 80er Jahre gab es Versuche, regionale Untergliederungen, z.B. Landesbeiräte, zu bilden. Gelungen ist das dem zentralistisch regierten WWF jedoch nicht.⁶⁵

Der internationale WWF entstand zwei Jahre vor der Deutschland-Sektion. Mit dabei waren viele namhafte Adelige oder sonstige Persönlichkeiten. Den finanziellen Grundstock legte der "Club 1001", eine von Prinz Bernhard (Niederlande) organisierte Gruppe reicher Leute, die je 10000 Dollar "Eintrittsgeld" zahlen, dafür aber auch einige Male mit Sonderkonzerten, Opern usw. verwöhnt wurden. Ihr Geld, zusammen 4,3 Millionen Mark, wurde zur Grundlage der Arbeit. Aus den

Zinsen sollten die Verwaltungskosten des WWF gedeckt werden, alle weiteren Spenden zu 100 Prozent Naturschutzprojekten zukommen.⁶⁶

Die Gründung des WWF in Deutschland hatte einige Besonderheiten zu bieten: Der Stiftungsrat wurde auf Lebenszeit gewählt. Das hatte Folgen. Bis 1980 lief in Deutschland wenig, während andere WWF-Sektionen und vor allem der WWF-International längst sehr professionell arbeiteten. Das änderte sich schlagartig, als der Major a.D. und ehemalige VW-Chef Kurt Lotz das Ruder übernahm. Die lahmen Stiftungsratsmitglieder (der erste Stiftungspräsident war Hans-Dietrich Genscher, der offenbar anderweitig beschäftigt war) wurden abgeschoben, Lotz setzt eine professionell arbeitende Geschäftsführung ein. Die Spendeneinnahmen stiegen daraufhin schnell an. Schon 1985 hatten sie sich verzehnfacht auf 7,5 Millionen Mark jährlich, 1995 waren es 28,4 Mio Mark. Damit ist der WWF nach Greenpeace die zweitreichste der Umweltorganisationen Deutschland.⁶⁷

Seit einigen Jahren ist Carl-Albrecht von Treuenfels Chef des WWF, erstmals also ein Mann, der kein Quereinsteiger aus Politik oder Wirtschaft ist, wenn er diesen auch sehr nahe steht und keinen Kurswechsel in den Wirtschaftskontakten eingeleitet hat. Wichtiger internationaler Partner und auch Helfer bei der Gründung des WWF war die IUCN, der "International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources, der bereits seit 1948 besteht.

Naturschutz im Großen

Der WWF war nie ein Fall für die vielen kleinen Aufgaben des Naturschutzes. Während BUND, Vogelschützer oder andere Organisationen um jeden Bach oder Baum kämpfen (wenn auch mit wenig erfolgversprechenden Mitteln), so setzte der WWF rund um den Globus Geld und politische Beziehungen ein, um große Schutzprojekte umzusetzen. Wirkungsvoll war und ist er damit vor allem außerhalb der Industrienationen, wo der Einsatz harter Währungen viel bedeutet, weil Land und Leute billig zu haben sind. So konnte der WWF dort Quadratmeterweise Großschutzgebiete schaffen und die Bilder z.B. über nahestehende Personen wie Heinz Sielmann nach Deutschland in die Medien bringen, um hierzulande den Spendeneingang aufrechtzuerhalten. Wo der WWF entwicklungspolitisch steht, zeigte sich u.a., als er 1986 positiv befand, den Erdnußexport aus dem Senegal zu stärken, damit von den Erlösen Lebensmittel für die Bevölkerung gekauft werden können.⁶⁸ Kooperationspartner ist auch die Weltbank,⁶⁹ und wenn die USA mal wegen dem Schutz von Schildkröten Importstopps über arme Länder verhängen,⁷⁰ ist dem WWF das recht, wohingegen bei Vergehen von Industrieländern oder bei den Großkonzernen regelmäßig beide Augen zugedrückt werden.

Die Menschen und Kulturen in den Ländern, wo der WWF tätig waren, interessierten die Organisation in der Regel nicht. Der WWF kam mit Geld und Kontakten zu den Mächtigen, das reichte.

Im Original: Auszüge aus der Selbstdarstellung des WWF in "Deutschen Umwelttag '92 – Ein Portrait seiner Mitgliedsverbände" (1992, Frankfurt, S. 242)

Die Umweltstiftung WWF setzt sich für die neunziger Jahre folgende Ziele:

Aufbau von Kontakten, Sicherung von Informationsaustausch und Kooperation mit den deutschen Institutionen der Entwicklungshilfe, ...

Verhandlungen mit deutschen Banken über die Umwandlung von Schulden in Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes (Debt for Nature Swaps) unter der Trägerschaft des WWF, ...

Mitwirkung des WWF an wichtigen nationalen und internationalen Koordinationstreffen, z.B. ... Jahrestagungen der Weltbank ...

Es ist unbestreitbar, daß der WWF auf diese Art und Weise Raubbau an Naturlandschaften weltweit immer wieder verhindert oder verlangsamt hat. Seine Gebietskäufe oder die Schutzausweisungen standen sicherlich auch Konzernen aus den reichen Ländern der Welt im Weg. Diese Analyse gilt auch für das Wirken des WWF Deutschland. Sein Bemühen, z.B. für Seeadler und Kranich Schutzgebiete zu sichern oder die Brutplätze zu bewachen, sind einer der Hauptgründe für die Rettung dieser Arten und das Anwachsen der Populationen in den letzten Jahren.

Im Original: Auszug aus dem WWF-Faltblatt "Erfolge 1996 – Aussichten 1997"

Nur wer seine Kräfte bündelt, kann meßbare Erfolge erzielen. Das hat der WWF erkannt und 1996 konsequent beherzigt.

Auszüge aus dem Faltblatt "Klappe auf – WWF"

So sind bis heute auf Initiative und mit Hilfe des WWF 270 Nationalparke in aller Welt entstanden. ... Schwerpunkte in den Aktivitäten des WWF-Deutschland für die kommenden Jahre sind der Schutz der Wälder, der europäischen Flußauen, des Wattenmeeres und der Nord- und Ostsee.

Ein weiterer Schwerpunkt des WWF ist der internationale Artenschutz, d.h. den Schutz der Arten vor illegalem Im- und Export lebend oder als Souvenir. Hierzu hat der WWF eine Artenschutzzentrale unter dem Namen TRAFFIC eingerichtet.

Die Machelite im Verband

Ein Blick in den Stiftungsrat von 1986: Unter anderem finden sich Ex-Verteidigungsminister Georg Leber, Ex-VW-Chef Lotz, Versandhausboß Neckermann, Holsten-Brauerei-Chef Klaus Asche sowie einige weitere teils zweifelhafte Industrielle und Adlige. Man nahm, wen man kriegen konnte.⁷¹ Und das hatte manchmal peinliche Folgen. So gab es Streit um Holstenbrauereichef Asche, weil der sein Bier in Dosen abfüllte. Richtig zum Skandal kam es, als der WWF-Spitzenfunktionär Knut Bellinger seine Reisen um die Welt nicht zum Schutz der Wildtiere nutzte, sondern munter dieselben auf der Großwildjagd massakrierte. Immerhin: Der WWF trennte sich von ihm. Dann war da noch ein bemerkenswerter Geschäftsführer mit Namen Schumann. Vorher war der Prokurist der Firma Interatom, die Erbauer des Schnellen Brütters in Kalkar.⁷¹

Im Original: Kurz Lotz, damals WWF-Vorstandschef im WWF-Journal 3+4/86 (S. 5)

Die Lösung der weltweiten Umweltprobleme erfordert weiteren technischen Fortschritt und auch wirtschaftliches Wachstum – nur in die richtige Richtung.

Kurt Lotz in einem Interview mit der Zeitung "natur", Nr. 11/86 (S. 32-36)

Ich habe den großen Vorzug gehabt, mit Otto Hahn, mit Werner Heisenberg in der deutschen Atomkommission zusammenzuarbeiten und habe gelernt, als Laie im Urteil über Technik vorsichtig zu sein.

Geld von überall

Der WWF war der erste der größeren Verbände, der weitreichende Kooperationen mit der Industrie einging. Als z.B. 1986 der damalige Vogelschutzbund mit der Commerzbank über ein Sponsoring verhandelte, verließ die Commerzbank die Verhandlungen, weil der DBV zu unprofessionell arbeiten würde. Sie ging ... zum WWF. Der war damals längst zum Meister der Wirtschaftskooperationen geworden, lange bevor die Deutsche Umwelthilfe und die Stiftung Europäisches Naturerbe als professionelle Spendenwaschanlagen des BUND und später auch des Naturschutzbundes ins Rampenlicht traten.

Von Beginn an hat der WWF wenig Anstoß an der Zusammenarbeit auch mit Umweltzerstörern unter den Großfirmen gefunden. Das zeigen der VW-Chef auf dem Posten des Vorstandsvorsitzenden (dessen Firmmentochter als VW do Brasil dort die Regenwälder für große Rinderherden abholzen läßt), die Spitzenfunktion des Holstenbrauereichefs Klaus Asche, der sein Bier zu einem großen Teil in Dosen abfüllen läßt, und etliche weitere Persönlichkeiten. WWF, Holstenbrauerei und Heinz Sielmann führten jahrelang eine Werbekampagne durch, bei der der Kauf von Holstenbier je 10 Pfennig für den WWF brachte. In der Zeitung WWF-Journal 3+4/86, also kurz nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl, fand sich eine Anzeige des Atomkonzerns Siemens AG. Im Laufe der Zeit setzte sich immer mehr das Motto "Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich gänzlich ungeniert" durch. Heute arbeitet der WWF mit allem zusammen, was sich kriegen läßt, z.B. ab 1997 ein gemeinsamer Aktienfonds mit einer Tochter der Deutschen Bank.⁷² Der Panda wirbt für Bügeleisen, Autos – dem WWF scheint es völlig egal zu sein, wo das Geld herkommt.⁷³ Folge: Millioneneinnahmen, mehr als die großen Umweltverbände BUND und Naturschutzbund.

3.2.4 Greenpeace

Der Geldkrösus unter den deutschen Naturschutzverbänden ist eindeutig Greenpeace. 72,7 Mio. Mark nahmen die UmweltschützerInnen, die ihren Sitz in Hamburg haben, im Jahr 1995 ein (1996 fiel der Betrag leicht auf 69,6 Mio., so daß die Ausgaben höher waren als die Einnahmen).⁷⁴ Selbst zusammengerechnet bekämen die anderen Umweltverbände kaum mehr zusammen. Greenpeace ist ein Kampagnenverein. Große, teilweise internationale Aktionen stehen im Vordergrund. Die Kleinarbeit in Regionen oder Orten überlassen sie anderen. Vernetzung sucht Greenpeace nicht, schon einige Male gab es Ärger, weil Greenpeace-rlinnen in einem Ort mit ihrer Kampagne auftauchten und die örtlichen Naturschutzgruppen nichts davon wußten. Fehlender Austausch mit anderen herrscht zwischen allen Umweltgruppen, aber Greenpeace ist die Organisation, die am meisten darauf baut, allein klarzukommen. Ihr Kampagnenstil ist für die großen Umweltverbände wie BUND und Naturschutzbund auch kaum mitzugehen, dazu sind deren Entscheidungsstrukturen zu schwerfällig. Denkbar wäre eine Kooperati-

on mit Robin Wood, die aber gerade eine Abspaltung von Greenpeace sind, und Bürgerinitiativen (immerhin ist Greenpeace Mitglied im BBU, der aber selbst kaum noch aktiv ist).⁷⁵ Greenpeace hat 120 feste MitarbeiterInnen und 517.000 FördererInnen. In den Regional- und Aktionsgruppen engagieren sich zudem ca. 2.000 ehrenamtliche Aktive.⁷⁶

Geschichte⁷⁷

Greenpeace wurde 1971 gegründet. Seit 1979 arbeitet der eingetragene Verein international, Greenpeace Deutschland e.V. ist ein Teil des Ganzen. Hauptsitz der internationalen Arbeit ist Amsterdam, Greenpeace in Deutschland hat seine Zentrale in Hamburg sowie seit 1990 ein Ostbüro in Berlin. Bei Greenpeace International gibt es einen Hauch von Demokratie. Die nationalen Greenpeaceorganisationen schicken ihre VertreterInnen in das "Council", in dem die wesentlichen Entscheidungen getroffen werden.

Greenpeace Deutschland wurde 1980 gegründet. Die erste Zeit war von Krisen und Streit um die Strukturen geprägt. Die Abspaltung derer, die für Basisdemokratie eintraten, ließ einen Haufen von UmweltschützerInnen zurück, die sehr hierarchische Strukturen aufbauten. Fast ein Jahrzehnt waren nicht nur die ohnehin von jeder Mitbestimmung ausgeschlossenen FördererInnen, sondern auch die Aktiven in den Regionalgruppen weitgehend außen vor, wenn es um neue Kampagnen, um Wahlen oder Stellenbesetzungen ging. Das änderte sich erst, als um 1990 die Diskussion neu entbrannte und den Regionalgruppen daraufhin eigenständige Handlungsebenen und eine eigene Vertretung, die mitreden konnte, zugestanden wurden.⁷⁸ Die eigentliche Bekanntheit von Greenpeace geht jedoch schon auf die Zeit vor der Gründung des deutschen Vereins zurück. Die internationalen Einsätze für Wale, Robben usw. brachten die "RegenbogenkämpferInnen" auf die Bildschirme in Deutschland. Deutsche waren schon früh dabei.

In jüngster Zeit ist der deutsche Einfluß auf Greenpeace International stark gestiegen. Der Ex-Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, Thilo Bode, wechselte auf den gleichen Posten im internationalen Hauptquartier. Sein Nachfolger wurde zunächst Burkhard Gnärig, vorher Geschäftsführer von Terre des Hommes, und dann Walter Gomolka, vorher bei Bertelsmann. Beide hatten eines gemeinsam: Sie waren und sind vor allem Manager, nur in zweiter Linie oder gar nicht Umweltschützer. Unter ihrer Führung verlor Greenpeace seinen aggressiv-wirtschaftskritischen Kurs. Heute gibt es eine Mischung aus Kritik und Dialog. Angesichts des Gesamttrends der Umweltbewegung von der Straße in die Kungelrunden der Mächtigen muß auch für Greenpeace diese Tendenz befürchtet werden. Dann würden aus ehemaligen Schlauchbootbesetzungen Verhandlungsdelegationen.

Weltweit gibt es 2,5 Millionen Greenpeace-FördererInnen, ein Fünftel davon in Deutschland. Auch das zeigt, wie wichtig Deutschland bzw. die mitteleuropäischen Greenpeacebüros sind.

Greenpeace – ein Konzern

Demokratie ist bei Greenpeace eher ein Fremdwort. Ein Blick auf die Strukturen zeigt deutlich: Oben wird entschieden, unten (z.B. in den Regionalgruppen) wird nach den Vorgaben gearbeitet. Selbst ein von Greenpeace selbst in die Öffentlichkeit gebrachtes Schema in ihrer Schrift "Struktur" zeigt:

- alle Pfeile laufen von oben nach unten.
- einzige Ausnahme: Die (ausgewählten) 40 stimmberechtigten Mitglieder wählen den Aufsichtsrat. Dieser Aufsichtsrat ernennt die Geschäftsführung. Unter den 40 Mitgliedern befinden sich je ein Viertel MitarbeiterInnen, Personen des öffentlichen Lebens, Aktive aus den Regionalgruppen und Gäste von Greenpeace-Büros anderer Länder.
- Alles weitere ist Sache der Geschäftsführung. Greenpeace agiert über seine Zentrale und dort hauptamtlich arbeitende Personen.
- Die "campaigner" setzen die Themen, mit denen sich dann auch die Regionalgruppen zu befassen haben.

Aus der beschriebenen Struktur ergibt sich der Hauptkritikpunkt, den viele UmweltschützerInnen Greenpeace vorhalten: Die hierarchische Struktur. Schon in der Gründungszeit von Greenpeace Deutschland gab es darum Streit mit der Folge, daß sich einige Gruppen abspalteten und Robin Wood gründeten – eine Organisation, die sich bewußt basisdemokratisch organisiert hat. Den bekannten Namen allerdings behielt Greenpeace. Mit ihm ließen sich massiv Spendenkampagnen durchführen. Und die Deutschen reagierten spendenbereit: Für die spektakulären Einsätze, für die Bilder von geretteten Robbenbabies, für die überwältigenden Fotos der Wale und der Rettungsaktionen griffen sie tief ins Portemonnaie. Die Spende an Greenpeace gehört zu den Ritualen einer Nation, die es nie gelernt hat, selbst zu handeln, sondern immer wieder andere machen läßt (dafür dann aber auch zu zahlen bereit ist). Daß Greenpeace nur massive Spendenwerbung ohne den Versuch, die angesprochenen Menschen zu eigenem Engagement zu bringen, wird von vielen UmweltschützerInnen sehr kritisch gesehen. Greenpeace würde damit zur Verdrängung der Tatenlosigkeit bei vielen Menschen beitragen.⁷⁹

Im Original: Bildunterschrift und Text aus der FR vom 24.10.1995

Man rettet die Umwelt nicht, man läßt retten ... Ablauf von den Regenbogenkämpfern. ... wenn es irgendwann und irgendwo einmal strategische Überlegungen gegeben hätte, wie dem gefährlichen Nachdenken über unser kapitalistisches und ausbeuterisches System die Spitze zu nehmen und Widerstand in Bahnen zu lenken sei, die gerade noch verträglich sind: Greenpeace hätte das Ergebnis solcher Überlegungen sein können. ... Die Menschen im Land scheinen sich eben damit abgefunden zu haben, daß Greenpeace&Co. ihre Stellvertretung in Sachen Umwelt übernommen haben.

Greenpeace selbst hat seine Konzernstrukturen konsequent ausgebaut. Die eigene Zeitung "Greenpeace-Magazin" ist an Kiosken zu kaufen. In ihr zeigt sich die unabhängige Position von Greenpeace zur Industrie, im Heft finden sich keine Anzeigen. Greenpeace lebt von Einzelspenden und hat es finanziell nicht nötig, Firmenanzeigen oder -spenden anzunehmen. Das bringt eine hohe Unabhängigkeit. Zu-

dem hat die Organisation einen eigenen Versandhandel aufgebaut, über den weniger Umweltprodukte als Greenpeace-Werbeträger verkauft werden. Trainingsanzüge und andere Kleidungsstücke verkaufen sich eben besser, wenn das Zeichen der Öko-HeldInnen auf ihnen zu finden ist. Zusammen mit Verlagen hat Greenpeace etliche Bücher, Unterrichtshilfen und Kalender herausgebracht.⁸⁰

Die Konzernstruktur von Greenpeace hat noch einen entscheidenden Nachteil, der erst beim näheren Hinweisen auffällt. Alle Arbeitsabläufe sind optimiert und durchgestylt, vieles dadurch routiniert. Anderes aber, was nicht in das Konzept paßt, hat kaum eine Chance. Dazu gehören Kooperationen mit anderen. Die eingespielten Entscheidungsabläufe würden bei vernetzten Aktionen nur noch teilweise gelten, weil Rücksicht auf die Partner zu nehmen wäre. Zudem gilt dann die Grundlogik aller Greenpeaceaktionen nicht mehr: Der Ertrag (Geld und Image) muß höher sein in der Einsatz. Greenpeace müßte teilen lernen, und das erscheint unvorstellbar. Zusammenarbeit klappt selbst bei gutem Willen nicht, wie das Beispiel der CASTOR-Transporte zeigt,⁸¹ wie es aber auch z.B. bei der Idee eines gemeinsamen, verbandsübergreifenden Basisgruppeninfodienstes sichtbar wurde, als Greenpeacer durchaus kooperieren wollten, aber nicht in der Lage waren, überhaupt Entscheidungen zu treffen.⁸² Offenbar ist es der Organisation nicht möglich, Aktionen überhaupt durchzuführen, bei denen sie nicht allein bestimmen, was wann geschieht.

Greenpeace und das Geld

Die Organisation legt ihre Finanzlage vorbildlich jedes Jahr offen. PressevertreterInnen oder andere Interessierte können Jahresbericht und Bilanzen anfordern. Diese Offenheit ist ein Versuch, dem größten Imageproblem entgegenzuwirken, das Greenpeace in der Öffentlichkeit hat: Sie gelten als reich. Am 31.12.1996 hatte die Organisation über 60 Mio. Mark Rücklagen. Grund ist das hohe Spendenaufkommen privater SpenderInnen.⁷⁴ Über Geldflüsse von Firmen gibt es nur Gerüchte, teilweise widersprüchliche. Greenpeace selbst gibt an, keine nennenswerten Summen aus der Industrie zu erhalten und sich sogar vorzubehalten, Industriegelder wieder zurückzuüberweisen.⁸³

Darf die Basis denken?

Im ersten Jahrzehnt von Greenpeace Deutschland, nach der Abspaltung von Robin Wood, gab es gar kaum Diskussionen. Die Regionalgruppen sollten die Kampagnen der Greenpeace-Zentrale mit Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Ihr Auftrag: Infostände, Vorträge, weitere Veranstaltungen zur Information und vor allem zum Spendensammeln. Eigene Aktionen durften die Gruppen gar nicht durchführen oder höchstens dann, wenn die Zentrale sie dazu aufforderte. Nach der Trennung der auf mehr Basisdemokratie drängenden Gruppen, die dann Robin Wood gründeten, bleiben solche Regionalgruppen zurück, die ihre unselbständige Rolle akzeptierten. In den Veröffentlichungen von Greenpeace wurden nur die spektakulären Aktionen vorgestellt und die FördererInnen als wichtigste Basis beschrie-

ben. Die Regionalgruppen blieben unerwähnt. Im Laufe der Zeit kamen aber neue Personen hinzu, um 1990 herum flackerte die Debatte wieder auf. Diesmal reagierte Greenpeace und lockerte die festen Rahmenbedingungen. Formale Änderungen blieben zwar weitgehend aus, jedoch wird die Freiheit der Regionalgruppen heute anders gehandhabt: Greenpeace-Gruppen können auch eigene Themen an- und lokale Bündnisse eingehen und bundesweit mitbestimmen.⁸⁴ Immer noch gibt es aber aus den Gruppen Klagen über zu enge Fesseln, Vorgaben über einen Mindestspendeneintrag pro Jahr usw. Kritik aus der eigenen Basis kennen die GreenpeacerInnen in der Zentrale inzwischen auch bei ihren Kampagnen, viele Gruppen trugen und tragen die Aktionen für das 3-Liter-Auto bzw. das SmiLE-Konzept nicht mit, weil sie den Autowahn grundsätzlich ablehnen. Mit einer Sonderbeilage zum Greenpeace-Magazin stärkte die Zentrale im Dezember 1996 die Regionalgruppen auch per Öffentlichkeitsarbeit. Im Mittelpunkt stand damit erstmals die Vielfalt der Basis und nicht die zentralen Kampagnen.

Im Original: Auszug aus einer Selbstdarstellung von Greenpeace über ihre Struktur

Eine internationale Organisation, in der viele nationale Büros an globalen Umweltproblemen arbeiten, benötigt klar strukturierte Entscheidungswege, um schnell und effizient zu bleiben.

Auszug aus der Broschüre "Greenpeace in Aktion" (S. 3+4)

Angesichts des schnellen Wachstums der Umweltschutzorganisation bleiben Spannungen zwischen der Hamburger Zentrale und den ehrenamtlichen Gruppen nicht aus. Umfangreiche Diskussionen haben seit Ende der 80er Jahre dafür gesorgt, daß sich an der Situation der Gruppen vieles geändert hat. ...

Zur Verbesserung der Mitbestimmung gründete sich 1992 ein "Beirat der Gruppen", der in wichtigen Fragen gehört wird und zum Beispiel auch über die Einrichtung von Projektstellen in den Gruppen entscheidet. Denn seit Ende der 80er Jahre führen die Gruppen eigene Projekte durch und können dafür zeitlich befristete Stellen auf Teilzeitbasis beantragen. ...

Die Arbeit der ehrenamtlichen GreenpeacerInnen hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Standen früher Infostände, Unterschriftensammlungen und Vorträge im Mittelpunkt, gewinnt heute die eigenständige Projekt-Arbeit zunehmend an Bedeutung.

Auszug aus einem Interview mit Thomas Rother, Ex-Greenpeace Esslingen, heute Internet-Koordinator der Regionalgruppen (Schrift "Greenpeace in Aktion", S. 15)

Wegen meines Studiums habe ich ab 1985 die Greenpeace-Arbeit für drei Jahre ruhen lassen. Diese studienbedingte Pause hatte auch etwas mit Unzufriedenheit zu tun, die zum großen Teil bedingt war durch lokale Probleme, aber auch durch Art und Weise des Wachstums und die mangelnde Transparenz in der Entscheidungsfindung bei Greenpeace. Ein Wir-Gefühl gab es damals nicht. Manche Leute trennen heute immer noch zwischen Hamburg und den Gruppen, aber ich sehe diese Trennung nicht mehr.

Völlig anders als die sonstige Struktur von Greenpeace entwickelte sich die Idee der Greenteams. Gut und lange vorbereitet startete 1990 der Versuch, Kinder und Jugendliche für die Greenpeacearbeit zu motivieren. Dabei wurde ein pädagogisches Konzept verwirklicht, das eine hohe Eigenständigkeit der Gruppen bei guter Unterstützung durch die Zentrale vorsah.⁸⁵ Die jeweiligen SachbearbeiterInnen im Bereich Jugend waren für Kooperationen offen und verteilten sogar Nicht-Greenpeace-Materialien an die Greenteams.⁸⁶ Leider übertrug sich dieses offene Denken nicht auf die Hauptorganisation. Die "Greenteams" sind qualitativ und quantitativ (1996 gab es nach Angaben von Greenpeace 1800 Gruppen⁸⁷) ein Erfolg. Green-

peace bezog auch umweltpädagogisch bemerkenswert radikale Positionen, die im Widerspruch zur herrschenden, unpolitische Erlebnispädagogik standen und nur vergleichbar waren mit den Positionen aus den Umwelt- und Projektwerkstätten, die seit 1990 die staatliche und staatsnahe Umweltpädagogik kritisierten.

Die Erfolge von Greenpeace, mit spektakulären Aktionen und umfangreichen Kampagnen bestimmte Themen massiv einzubringen, rechtfertigen die innere Struktur nicht. Es gibt keinen Grund, warum diese Arbeitsweise nicht auch auf regionaler und lokaler Ebene möglich sein sollte. Die Verknüpfung, wie sie zwischen Greenpeace Deutschland und Greenpeace International besteht, könnte sich auch nach unten fortsetzen. Warum das nicht geschieht, bleibt letztlich offen – für die Arbeit wäre sie nicht störend. Ganz im Gegenteil würde eine Offenheit gegenüber eigenständigen Aktionen auf regionaler und lokaler Ebene sowie für Kooperationen mit anderen unabhängigen Gruppen (Robin Wood, BBU, Umwelt- und Projektwerkstätten usw.) die Schlagkraft des Umweltschutzes insgesamt fördern. Viele hochmotivierte und erfahrene Leute in Greenpeacegruppen können ihr Potential zur Zeit nicht ausschöpfen. Daß Greenpeace diese Möglichkeiten nicht nutzt, kann finanziell bestimmt sein. Wenn regionale und lokale Gruppen eigenständig agieren oder Greenpeace mit anderen regionalen Organisationen kooperieren würde, würden auch die gesamten Spendeneingänge aufgeteilt werden müssen. Ob der zusätzliche Eingang ausreichen würde, daß die Bundesebene gleichviel Geld behält, ist eher unwahrscheinlich.

Greenpeace hat eine eigene Anlaufstellen für Menschen über 50 Jahre aufgebaut mit dem Ziel, diese als wesentliche UnterstützerInnen für Greenpeace-Kampagnen zu gewinnen. Gedacht ist dabei nicht nur an Infostandarbeit oder ähnliches, sondern an kampagnenbegleitende Protestschreiben und -telefonate, Lobbyarbeit usw. Name für die Gruppen und die Aktion: "Team Fünfzig Plus".

Im Original: Kritik an Greenpeace – Auszüge aus einer persönlichen Darstellung des ehemaligen Greenpeacers und jetzigen Robin-Wood-Aktivisten Klaus Scheerer (in Robin Wood, 1984: Vor uns die Wälder, Rowohlt, Reinbek, S. 59-64)

Die noch relativ junge deutsche Greenpeace-Sektion entwickelte sich rasch zum Teil zu einer Organisation, die heute aus unterschiedlichen Gründen gern als "Öko-Multi" bezeichnet wird. ... mit der autoritären, zentralistischen Struktur und mit der Machtkonzentration auf eine kleine, nach internationalen Weisungen arbeitende Gruppe ... Fachkräfte waren aber nur dann gefragt, wenn sie anpassungswillig waren. ... Die Abriegelung gegen jeden Einfluß von unten funktionierte perfekt. ... Gegen einige von uns wurden bei Gericht einstweilige Verfügungen erwirkt, um uns zum Schweigen und die Spenden wieder zum Laufen zu bringen.

Greenpeace und seine Themen

Die Kampagnen sind das, was man von Greenpeace mitbekommt. Hinter den Kulissen läuft aber mehr, z.B. die Teilnahme an Gremien und politischen Debatten – insbesondere international. So hat Greenpeace einen offiziellen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaft und der Internationalen Walfangkommission (allerdings ohne Stimmrecht).⁸⁸

In der Kampagnenarbeit hat Greenpeace nun seit fast drei Jahrzehnten internatio-

nal bzw. zwei in Deutschland immer wieder den Ton angegeben und oft geprägt, was in der Umweltschutz-Öffentlichkeitsarbeit diskutiert wird. Viele der Aktionen auf und an den Weltmeeren, z.B. gegen Walfang, Robbenschlachten, die französischen Atomtests auf dem Mururoa-Atoll oder die geplante Versenkung der Ölplattform Brent Spar wurden zu monatelangen Themen in Zeitungen, Funk und Fernsehen. Für Greenpeace bedeutete das manchmal politische Erfolge, fast immer aber eine spürbare Zunahme der Spendeneingänge und auf jeden Fall einen großen Imagegewinn. Die "RegenbogenkämpferInnen" waren in aller Munde. Mit nationalen Themen tat sich Greenpeace bedeutend schwerer. In den 80er Jahren wurden vor allem die Besteigungen von Schornsteinen und Kühlwassertürmen ein Thema für die Medien.⁸⁹ Doch der politische Erfolg blieb in großem Umfang aus. Als im Management dann die Leute der ersten Stunde ausschieden⁹⁰, machte sich bei Greenpeace eine neue Strategie breit: Berater der Wirtschaft zu werden. Das erste Projekt war der FCKW-freie Kühlschrank. Erfunden von der Ex-DDR-Firma Foron, die (wie viele andere) von der westdominierten Treuhand zerschlagen werden sollte, drückte Greenpeace das Gerät mit viel PR-Begleitung auf den Markt, rettete die Firma und zwang die Konkurrenten wie AEG u.a. ebenfalls zum Umstieg. Bei dieser Kampagne sahen die meisten SkeptikerInnen noch über das Problem hinweg, das sich zwangsläufig ergibt, wenn sich eine Umweltorganisation für Wohlstandsgeräte einsetzt. Der Foron-Kühlschrank, so sein Markenname, war zwar FCKW-frei, hatte aber alle anderen Nachteile, die elektrische Kühlgeräte haben, weiterhin.

Einen Imageverlust brachte Greenpeace dann die zweite Produktkampagne, das 3-Liter-Auto bzw. später das etwas differenziertere SmiLE-Konzept, das insgesamt Autotypen entschlacken und so sparsamer machen sollte. Viele UmweltschützerInnen nahmen Greenpeace übel, daß es mit dieser Arbeit all denen in den Rücken fiel, die den Individualverkehr insgesamt zurückdrängen und den öffentlichen Nahverkehr fördern wollen. Das Greenpeace-Auto, sei vor allem etwas für die, die sonst ganz aufs Auto verzichten und aus Umweltbewußtsein mit Bahn, Bus und Fahrrad fahren würden. Greenpeace hat auf diese Kritik kaum reagiert, vieles deutet zur Zeit darauf hin, daß die Organisation insgesamt auf den aktuellen Modetrend "Dialog mit der Wirtschaft" aufspringen will, wobei die Vorschläge teilweise mit so harter Kritik an den Bossen der Wirtschaft verbunden sind, daß diese sich mit Klagen zu wehren versuchen.⁹¹

Im Original: Auszug aus Greenpeace 1/97 zur Testfahrt im Twingo-Smile (S. 32)

Gang einlegen, Gas geben, und das Auto drängt unpräzise nach vorne. Schon bei Motordrehzahlen unter 2000 kuppelt das halbautomatische Getriebe, das ohne Kupplungspedal funktioniert, weich ein. Auch beim Anfahren am Berg ist der 35 Kilo leichte Motor nicht abzuwürgen: Ein Druck mit dem Gaspedal, und die vorderen Reifen schleudern das nasse Laub vom Asphalt. Im Geräusch erinnert der beschleunigende Smile mit seinem leisen Pfeifen entfernt an die Ente von Citroen, klingt aber viel leiser und kerniger. Auch auf der Autobahnauffahrt zieht der Wagen kräftig durch. "Der Smile beschleunigt nicht langsamer als der Serien-Twingo", urteilte der Kollege von "Auto-Bild". Der Neuling "gibt einem das Gefühl, mit mindestens 1,5 Litern Hubraum unterwegs zu sein." Nach den Kategorien der PS-Branche ist ein größeres Lob für einen Motor mit winzigen 0,36 Litern Hubraum wohl kaum denkbar. ...

Fast ein bißchen peinlich ist es den Smile-Experten von Greenpeace, daß ihr Auto nach Tacho über 170 Spitze fährt. Um aus dem Smile ein noch besseres Öko-Auto zu machen, könnte deshalb zukünftig vielleicht ein Lämpchen vor zu hohen Geschwindigkeiten warnen. Etwa ab Tempo 100.

Auszug aus einem Interview mit dem Gründer von Greenpeace Deutschland, Harald Zindler, in der Südde. Zeitung vom 24.3.95 (zitiert nach einer Veröffentlichung zur Agenda/Eine-Welt-Arbeit in Osnabrück):

SZ-Magazin: Trotzdem hat man den Eindruck, daß Greenpeace gerade das Auto, den Klimakiller Nummer eins, mit Samthandschuhen anfaßt. Schon der Ansatz 'weniger Verbrauch' ist sanfter als der allgemein übliche Ökologenansatz: 'Weg mit den Autos – rein in den Zug'. Warum?

Weil ich es ablehne, immer gegen die Autofahrer anzukämpfen. Vielen bleibt gar nichts anderes übrig, als das Auto zu benutzen. Diejenigen, die das Auto immer auf seine reine Transportfunktion reduzieren, reden an der Psychologie des Autofahrens völlig vorbei. Für die meisten ist ihr Wagen ein Wohnzimmer, wo sie ungestört in der Nase popeln oder Musik hören können. Das Auto ist eine kulturelle Institution. Deshalb wollen wir das Auto nicht abschaffen, sondern wir wollen zu Autos kommen, die keine fossile Energie verbrauchen, keine Abgase haben und total recycelbar sind.

...

3.2.5 Robin Wood⁹²

Der Anfang von Robin Wood liegt im Anfang von Greenpeace Deutschland. Nach wenigen Jahren spaltete sich der neugegründete Verein, denn für die innere Struktur gab es keine gemeinsame Lösung. Die einen wollten eine schlagkräftige Organisation und glaubten, dafür eine leistungsfähige Zentrale ohne Basiskontrolle und demokratische Abstimmungsverfahren schaffen zu müssen. Die anderen sahen den Umgang miteinander und die Entscheidungsprozesse als Teil der Arbeit selbst. Sie verließen 1982 Greenpeace und bildeten Robin Wood. Was sie als Idee behielten, waren spektakuläre Aktionen und eine hohe Professionalität. Auch Robin Wood macht Kampagnen, hat zwei gut organisierte Geschäftsstellen (Verwaltung in Bremen, Presse und Facharbeit in Hamburg) und führt eine umfangreiche, deutlich auch auf Imagewerbung und Spenden ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit durch. Der Lohn: Obwohl Robin Wood ein recht kleiner und basisorientierter Verband ist, stehen sie mit 1,48 Millionen Mark Einnahmen (1996, leichter Rückgang gegenüber 1995) und 10 festen MitarbeiterInnen deutlich besser organisiert da als z.B. der ähnlich basisorientierte BBU, der aber nur wenig professionell arbeitet. Das Jahr 1996 erbrachte für Robin Wood ein Defizit von 221.585 DM.⁹³

Geschichte der Organisation

Der Name von Robin Wood war jahrelang Programm. Kurz nach der Abspaltung war das Waldsterben das Thema Nummer eins. Robin Wood wurde dort schnell einem bekannten Verband, der mit spektakulären Aktionen, vor allem Schornsteinbesetzungen, das öffentliche Interesse anzog. Phasenweise konnte Robin Wood selbst Greenpeace das Wasser reichen. Regionalgruppen bildeten sich und Robin Wood baute seine einzigartige, basisdemokratische Struktur auf.

Mit dem Verschwinden des Waldsterbens aus den Medien verschwand auch Robin Wood. Die Aktivitäten blieben zwar ebenso wie das professionelle Vereinsblatt mit dem phantasielosen Eigenwerbetitel "Robin Wood", große PR-Erfolge konnte der Verband aber nicht mehr feiern. Einige Einzelthemen brachte er aber dennoch in die Öffentlichkeit. So war Robin Wood wesentlich an der Thematisierung des Tropenholzimportes beteiligt. Auch im Verkehrsbereich tauchten die AktivistInnen immer wieder auf. Ende der 90er Jahre sind Mitgliederzahlen und Spendeneinnahmen leicht rückläufig. Greenpeace hat das Medieninteresse wieder voll für sich zurückgewonnen. Letztlich war und ist Robin Wood zu klein, um dauerhaft alleine durchhalten zu können in der Öffentlichkeit. Kooperationen aber waren eher spärlich, ganz ähnlich wie bei Greenpeace.⁹⁴

Das Besondere: Die Entscheidungsstrukturen

Robin Wood ist ein Experiment basisdemokratischer Entscheidungsstrukturen. Wo die meisten Umweltverbände angepaßt, dem normalen Standard entsprechende Vereinsstrukturen einfach kritiklos übernehmen, hat sich Robin Wood vorgenommen, selbst zum Beispiel für den Abbau zentraler Macht zu werden. Das hat sich niedergeschlagen in einer ausgetüftelten Entscheidungsstruktur, bei der alle Regionalgruppen gleichberechtigt ein Entscheidungskollektiv bilden. Vorstände oder andere Gremien sollen nur das vereinsrechtlich Nötigste tun. Ganz ausgeschöpft sind damit die Möglichkeiten aber nicht. Robin Wood ist ein eingetragener Verein und erfüllt damit die Mindestvoraussetzungen, die vom Gesetz her gestellt werden. Das setzt der Basisdemokratie Grenzen, denn das Vereinsrecht läßt nur Einschränkungen der Macht eines Vorstandes zu, nicht aber dessen Abschaffung. Konsequenter wäre gewesen, Robin Wood selbst als offene Organisation zu belassen und für Rechtsgeschäfte einen Trägerverein zu gründen in formal notwendiger Struktur. Im Laufe der Zeit ist die Basisdemokratie der Machbarkeits- und MacherInnenorientierung gewichen. Aktuell dominieren die Geschäftsstellen den Verband völlig, sorgen mit Kampagnen und Veröffentlichungen für die Finanzierung von Robin Wood und sich selbst. Die PR-Strategie ähnelt den anderen Verbänden. Kooperationen mit anderen werden dadurch erschwert, weil die internen Abläufe stark routiniert und kaum noch flexibel sind. Wie bei anderen Organisationen erleben die wenigen Menschen, die mit eigenen Ideen zu den Zentralen kommen, immer das selbe: Wer sich engagiert, ist nicht willkommen, sondern stört die eingefahrenen Abläufe. Nur wer hartnäckig ist, hat die Chance, etwas umzusetzen.⁹⁵

Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit

Zur Zeit hat Robin Wood ca. 30 Regionalgruppen und 2.500 Mitglieder. Die Zeitung von Robin Wood, gemacht in der Redaktionszentrale in Bayreuth (auch hier bemühte sich Robin Wood, zentrale Strukturen zu meiden), hat immerhin eine Auflage von 11.000. Sie ist wichtiger Träger der Öffentlichkeitsarbeit. Ähnlich wie Greenpeace sind Kampagnen und PR-Arbeit der Schwerpunkt der Organisation. Nicht die Arbeit lokal bzw. im Detail, sondern das Eintreten für die grundsätzlichen

Ziele und große Projekte prägen die Organisation.⁹⁶

Robin Wood ist beteiligt an der Kampagne für ein Holz-Gütesiegel (ähnlich den Kennzeichnungen für die biologische Landwirtschaft), die auch von BUND, Greenpeace und Naturland mitgetragen wird – ein seltenes Beispiel für eine Kooperation zwischen einigen großen Umweltverbänden. Weitere aktuelle Kampagnen sind der Schutz der Taiga, Aktionen gegen den Transrapid und Atomtransporte sowie für eine Veränderung der Energie- und Verkehrspolitik. Insgesamt ist die Ähnlichkeit zu Greenpeace sehr hoch. Durch die interne Abmilderung der Hierarchie bei Greenpeace wären in Zukunft Kooperationschancen gegeben, wenn die Verbandsegoismen, die auch bei Robin Wood deutlich zu spüren sind, überwunden werden.⁹⁷

3.2.6 Weitere Verbände

Die benannten fünf großen Umweltschutzverbände mit ihren insgesamt über eine Millionen Menschen als Mitglieder prägen die Umweltschutzdiskussion wesentlich. Gemeinsam ist ihnen das Anliegen, einzelne Personen als Mitglieder zu werben, wobei diesen dann unterschiedliche Möglichkeiten der Mitwirkung geboten werden (vom bloßen Geldzahlen bis zum aktiven Mitbestimmen). Davon zu unterscheiden sind die Verbände bzw. Netzwerke, die Gruppen vereinigen und vernetzen, aber durch ihre Struktur keine Macht auf diese ausüben können. Sie werden im Kapitel 3.4 beschrieben. Es gibt aber einige weitere Mitgliederverbände, die wegen politischer Enthaltensamkeit, thematischen Einschränkungen oder nur regionaler Verbreitung in der Bedeutung den fünf großen Verbänden nachstehen – obwohl sie oft mehr Mitglieder haben als z.B. Robin Wood.

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

50 Jahre alt wurde die SDW im Jahr 1997. Zum Jubiläum schenkte Vater Staat seinem treuesten Umweltverband eine Sonderbriefmarke. Im Jubiläumsheft schreiben zudem gleich drei aus der Bundesregierung Grußworte: Helmut Kohl, Landwirtschaftsminister Jürgen Borchert und seine Umwelt- und Atomkollegin Angela Merkel.⁹⁸

Die Schutzgemeinschaft ist durch und durch staatsmännisch (Frauen gibt es wenige). Auf den Vorsitzendenposten finden sich Landtagsabgeordnete, viele davon aus den vorderen Reihen. Meist gehören sie zu CDU oder CSU. Auch der Bundesvorsitzende, Wolfgang von Geldern, hat seinen Namen: Er war Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium der aktuellen Regierungskoalition und verfügt auch heute über gute Kontakte in die Führungsriege der Politik.⁹⁹ Die Basis der SDW sind die Förster, also ebenfalls Staats- oder Gemeindebedienstete. Zusammen bilden sie einen Verband, der neben einer zurückhaltenden Öffentlichkeitsarbeit, einer unpolitischen Umwelt-Erlebnispädagogik und dem praktischen Naturschutz im Wald als politische Arbeit nur Lobbyarbeit betreibt.

Die Staatsnähe ist prägendes Merkmal des Verbandes. Kontakte zu Konzernen gibt es dagegen nur wenige. Das liegt weniger an politischen Skrupeln als daran, daß die SDW ein veraltetes Management aufweist, was sie für viele Firmen unattraktiv macht. Dennoch: Seit Jahren besteht eine Kooperation mit der Lebensmittelkette Spar, der Landesverband Hessen hat den Hessischen Sparkassen- und Giroverband im Boot. In der Jubiläumsausgabe von "Unser Wald", der Verbandszeitung, inserierten Bayer, Ford, Duales System Deutschland und Vereinigte Elektrizitätswerke. Ebenfalls dabei war der ADAC, mit dem die Schutzgemeinschaft als gemeinsame Aktion die Benennung der "Deutschen Alleinstraße" durchführt.¹⁰⁰

Verkehrsclub Deutschland¹⁰¹

Der VCD wurde als Gegengewicht zum ADAC und dessen Autopolitik gegründet. Das geschah 1986, also in einer Zeit, in der ein konfrontativer Stil der Umweltschutzarbeit auch noch bei den etablierten Umweltverbänden angesagt war. Der Deutsche Naturschutzring selbst war Initiator des Verkehrsclubs, DNR-Geschäftsführer¹⁰² Helmut Röscheisen auch lange in zentraler Funktion im VCD. Die Devise war einfach: Der Verkehrsclub sammelt mit umweltschutzorientierter Öffentlichkeitsarbeit und attraktiven Angeboten wie Schutzbriefe auch für AutofahrerInnen etliche Mitglieder und setzt sich dann mit entsprechendem Gewicht für eine andere Verkehrspolitik ein. Die Hoffnung war zudem, daß die Mitglieder dem ADAC (und anderen autoorientierten Clubs) davonlaufen. Zum Teil ging diese Rechnung auch auf. Der VCD hat in vielen Orten wesentliche Beiträge geleistet, wenn es um neue Verkehrskonzepte oder Verbesserungen im Detail ging.

In den letzten Jahren haben sich die Schwerpunkte aber in der Art verschoben, die auch bei den anderen Umweltverbänden zu beobachten ist. Die politische Arbeit nahm in der Bedeutung ab, in den Vordergrund rückte das Werben um Mitglieder ohne Bezug zu inhaltlichen Positionen. Vor allem die Schutzbriefangebote und andere Dienstleistungen stehen inzwischen im Vordergrund. Dabei dehnt der VCD diese Angebote auch auf andere Umweltverbände aus und führt mit diesen gemeinsame Werbekampagnen durch. Eine Konfrontation mit Regierungen oder den Automobilclubs ist sehr selten geworden. Der VCD verfügt über einen Bundes-, etliche Landesverbände und regionale Gliederungen.¹⁰³

Allgemeiner Deutscher Fahrradclub

Der ADFC ist eine Mischung aus Freizeit- und Lobbyverein. Viele Untergliederung bieten als Hauptsache Radtouren für jedermann/frau an, seltener dagegen hört man sie heute noch mit Radwegkonzepten oder verkehrspolitischen Aussagen. Das war schon mal anders. In der Gründerzeit waren viele ADFC-Gruppen kreativ und teilweise rabiat in ihrem Aktionsstil. Es ging darum, überhaupt das Fahrradfahren als Fortbewegungsform in den Städten durchzusetzen.

Der ADFC hat ca. 90.000 Mitglieder und viele Ortsgruppen sowie Landesverbände, Geschäftsstellen oder Infoläden. Kooperationen gibt es auch mit Radläden. Für die Mitglieder werden Versicherungsabschlüsse geboten. In letzter Zeit wandelt

sich auch der Gesamtverband mehr zum Lifestyle-Verein, der politische Lobbyarbeit nur noch als Nebensache betreibt.¹⁰⁴ In der Verbandszeitung "Radfahren" geht es mehr um die Tour de France oder neue Fahrradsportarten als um die Verkehrspolitik. Serviceleistungen für RadfahrerInnen sind im ADFC aber viele zu finden, z.B. Beratung oder Fahrradkarten für ganz Deutschland.

Weitere Organisationen

Neben den genannten gibt es viele weitere Verbände, die z.T. mit regionalen Untergliederungen bestimmte Themenbereiche abdecken. Meist zeichnet sie eine starre Verbandsstruktur und eine mangelnde Kooperationsbereitschaft über die Vereinsgrenzen hinweg aus. Vereinsmeierei ist im Umweltschutz ohnehin stark vertreten und verhindert eine gemeinsame Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.

Beispiele für weitere Organisationen mit besonderen Themenbereichen sind Pro Bahn, Rettet den Regenwald und die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste. Im klassischen Naturschutz haben inzwischen die Landschaftspflegevereinigungen eine Bedeutung erlangt. Sie sind auf kommunaler Ebene organisiert und vermitteln die zur Verfügung stehenden Gelder an LandwirtInnen, Naturschutzgruppen oder andere, die Wiesenmahd, Obstbaumschnitt usw. übernehmen. Auf Bundesebene besteht ein Dachverband. In den Vorständen finden sich in der Regel LandwirtschaftsfunktionärInnen und PolitikerInnen neben den VertreterInnen der anerkannten Naturschutzverbände.

Nicht zu unterschätzen sind zudem die Stiftungen, die über die Vergabepolitik ihrer Gelder Entwicklungen im Natur- und Umweltschutz steuern können. Die meisten von ihnen haben Vorstände, in denen StaatsvertreterInnen bzw. nur die FunktionärInnen nur aus den anerkannten Verbänden dominieren.

Landesweite Naturschutzorganisationen

In mehreren Bundesländern gibt es landesweite Verbände, die eine gewisse Bedeutung erlangt haben, d.h. neben den Landesverbänden von BUND und NABU auftreten. In den meisten Fällen handelt es sich um Organisationen, die vor allem regional oder an einzelnen Großprojekten tätig sind. Der Schwerpunkt liegt im klassischen Naturschutz sowie in der wissenschaftlichen und naturkundlichen Arbeit (vor allem Ornithologie). Beispiele sind das Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), der wie ein Landesverband des Naturschutzbundes agiert, weil der NABU in Bayern nicht selbst vertreten ist, die GNOR in Rheinland-Pfalz, die HGON in Hessen sowie einige Überbleibsel der ehemaligen Staatsnaturschutzorganisation GNU (Gesellschaft für Natur und Umwelt) in den neuen Bundesländern. Die genannten Verbände weisen einen hohen Anteil "honoriger" Personen auf, d.h. solcher Menschen, die höhere Stellungen innehaben oder -hatten, z.B. in Konzernen, an Universitäten oder in Verwaltungen (Ministerien, Regierungspräsidien usw.). Durch eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem Staat sowie Sponsorings mit Firmen verfügen diese mitgliederschwachen Gruppen dennoch über erhebliche Finanzmittel und Zugänge zu politischen Zirkeln. Dieses können sie aus-

nutzen für eine gezielte Lobbyarbeit. Meist unterlassen die Verbände jegliche Konfrontation mit den Regierenden.

Eine gewisse Ausnahme bildet der Naturschutzverband Niedersachsen, der über eine erhebliche Zahl von Basisgruppen verfügt, darunter die in Westniedersachsen sehr starke Biologische Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems. Der NVN ist den BUND- und NABU-Landesverbänden auch von der Arbeitsstrategie sehr ähnlich. Vielleicht rührt daher eine besonders ausgeprägte Konkurrenz, die sogar soweit führte, daß BUND und NABU sich gegen eine Anerkennung des NVN nach §-29 Bundesnaturschutzgesetz wehrten, um die Bevorzugungen allein zu behalten.¹⁰⁵ Aus naturschutzpolitischer Sicht war das nachteilig, da eine Anerkennung des NVN das Gewicht der echten Naturschutzverbände gegenüber den anerkannten Naturnutzerverbänden wie JägerInnen und AnglerInnen gestärkt hätte. Aber das war offenbar nicht so wichtig wie die Angst um die eigenen Vorteile.

Club of Rome¹⁰⁶

30 Jahre ist der Club alt, und seit 25 Jahren liegt sein wichtigstes Werk "Die Grenzen des Wachstums" vor. Dieses Buch hatte entscheidenden Beitrag daran, daß die Umweltschutzdiskussion in den 70er Jahren sehr breiten Raum einnahm. Spektakuläre politische Forderungen gehen vom Club nicht aus, dennoch hat er für die gesamte Umweltbewegung eine große Bedeutung, zum einen in der öffentlichen Debatte, zum anderen aber auch als Vorbild. Der Club of Rome stellt nämlich etwas dar, was viele Umweltverbände und -stiftungen werden wollen: Eine Ansammlung reicher und wichtiger Leute, die neben oder nach ihren sonstigen Tätigkeiten (im Ruhestand) die Belange des Umweltschutzes voranbringen wollen. Auffällig ist, daß Industrielle den Ton angeben, allesamt Manager von Großkonzernen, die ansonsten nicht als umweltfreundlich gelten (ABB, Renault und VW). Hinzu kommen prominente PolitikerInnen und Adelige wie Jimmy Carter, Michail Gorbatschow, Juan Carlos, Königin Beatrix oder Carlos Menem. Aus einer solchen Schicht heraus bleiben Skandale nicht aus. Eduard Pestel, einer der wichtigsten Deutschen im Club, war von 1977 bis 1981 Mitglied der CDU-Landesregierung von Ernst Albrecht (Niedersachsen) und steuerte als Wissenschaftsminister einen klaren Pro-Atom-Kurs. 1980 bezeichnete er vor CDU-Mitgliedern Plutonium als "kaum giftiger als Quecksilber oder Blei". KernkraftgegnerInnen beschimpfte er als Menschen, "die von frühester Kindheit an den Weg zum Neurotiker gegangen sind". Wenige Jahre vorher hatte er für den Club of Rome noch an einem Buch mitgewirkt, in dem Plutonium in seiner Giftigkeit viel dramatischer eingestuft wurde. Atomkraft ist insgesamt ein Problemfeld des Club, obwohl er Kritik an seiner unklaren Position immer abweist und behauptet, er sei klar gegen die Nutzung der Atomenergie. Das Buch "Die erste globale Revolution" liest sich aber anders.

Im Original: Auszüge aus dem Buch "Die erste globale Revolution" des Club of Rome (1991, Frankfurt, S. 126)

Es sieht so aus, als müßten wir uns für die kommenden Jahre auf eine kritische Situation einstellen, wenn wir durch die Risiken der Erderwärmung zur drastischen Einsparung fossiler Brennstoffe ge-

zwungen werden, ohne eine Alternative in der Hand zu haben. Unter diesen Umständen könnte allein noch die Kernspaltung als Mittel übrigbleiben, unsere Situation wenigstens zum Teil zu entschärfen. ... Deshalb sprechen triftige Gründe dafür, die nukleare Option offenzuhalten und Schnelle Brüter zu entwickeln.

Chef des Club of Rome ist Ricardo Diez-Hochleitner, Spitzenmann im Medienbereich (Vizepräsident des Medienkonzerns Timon, der in Spanien und z.T. Südamerika wesentliche Marktanteile beherrscht). Er hat den Club of Rome sehr wesentlich in eine Nähe zur Expo 2000 in Hannover gebracht und ist Vorsitzender des internationalen Beobachtergremiums der Expo (siehe Kap. 5.2.2).

Der Club of Rome ist Vorbild für alle, die versuchen, Umweltschutz als ein Arbeitsfeld zu sehen, wo sich die Reichen und Mächtigen treffen,¹⁰⁷ um eine Sache zu bereden, die einfache Menschen nichts angeht. Die Umweltschutz von oben organisieren und dabei auch im Blick haben, was für ihre Klientel gut ist, also für die Reichen, die Firmen und die Politspitzen. In solchen Kreisen entstehen oft gute Ideen, denn unter den Reichen finden sich auch nachdenkliche und gebildete Menschen. Niemand dort hat aber Interesse an weitreichenden Veränderungen.

Quellen zu 3.2

- 1 Es gibt eine größere Menge von Büchern, in denen die Geschichte der Umweltverbände nachgezeichnet wurde. Hier sind vor allem verwertet worden: **Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, 1996, "Umweltgutachten 1996"**, Metzler-Poeschel, Stuttgart. **Dirk Cornelsen, 1991, "Anwälte der Natur"**, C.H.Beck, München. **QUEM, 1997, "Gesellschaftliche Tätigkeit im Wandel"**, Berlin. Hinzu kommen zahlreiche Einzelveröffentlichungen aus den Verbänden selbst, vor allem Werbeprospekte. Eine Übersicht über Personal, Finanzen und Strukturen der Verbände, aber im Detail einige Fehler enthält die Titelstory in **"Die Woche" vom 13.12.1996**.
- 2 Siehe in der inzwischen nicht mehr vertriebenen Chronik des DBV: **Horst Hanemann/Jürgen Simon, 1987, "Deutscher Bund für Vogelschutz – Die Chronik eines Naturschutzverbandes von 1899 bis 1984"**, Wiesbaden. Dort findet sich der Satz: "Diese neue Verpflichtung, in Zukunft als 'halboffizieller Verein' tätig zu sein, nahm der Bund für Vogelschutz begeistert auf". Eine Kritik daran fehlt.
- 3 Quellen sind die BUND-Schriften **"rückblick – 20 Jahre BUND"**, **"rückblick 96"**, **"Finanzen 1997"** (Vorlage zur Bundesdelegiertenversammlung) sowie die unter 1 genannten Schriften.
- 4 Zu den Verflechtungen des BUNDS mit rechten Gruppen siehe **Oliver Geden (1996), "Rechte Ökologie"**, Elefantpress, Berlin (S. 186 ff).
- 5 Später, nach seinem Scheitern beim BNUD, gründete er die Grüne Aktion Zukunft und schließlich die GRÜNEN. Als seine Idee konservativer Orientierung dort nicht mehr durchzusetzen war, baute er die rechtsorientierte ÖDP auf, aus der er später wiederum verschwand, um die rechtsextremen Unabhängigen Ökologen Deutschlands zu gründen, die auch bis heute und damit über den Tod von Herbert Gruhl hinaus, diese rechte Orientierung beibehalten.
- 6 Diese Kommission hatte aber nur wenige Ergebnisse, z.B. die Einrichtung eines Verbandsrates, der die Kontrolle der Bundesgremien durch die Landesverbände stärken sollte. Stattdessen verschleppte die intensiv moderierte Debatte (Supervisionstechniken u.ä.) in der Kommission eher notwendige Reformen, so daß die zentralen Hierarchien unbeschadet erhalten blieben und KritikerInnen z.B. aus den Reihen der damals radikaleren BUNDjugend besänftigt wurden.
- 7 Siehe in **"Umweltgutachten 1996"** (siehe 1, S. 229), zudem Berichte über den Verlauf der Gründungsversammlung der Grünen Liga in Bona.
- 8 Gemeinschaftsanzeigen von verschiedenen Firmen und Organisationen, darunter AEG und der BUND.
- 9 Präsident des Wuppertal-Instituts ist Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der SPD-Mitglied ist, für die SPD im Hamburger Wahlkampf 1997 Umweltsparparolen plakatieren ließ und in Hessen als Umweltministerkandidat auftrat. 1998 steht er auf der SPD-Liste für den Bundestag. Das WI wird vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert.
- 10 Die Anträge liegen schriftlich vor (siehe Unterlagen zur Delegiertenversammlung). Über den Verlauf der Delegiertenversammlung sind kurz danach umfangreiche Kritiken verbreitet worden, z.B. im ComLink-Netz auf den BUND- und Jugendumweltbewegungs-Brettern.
- 11 Nach Aussagen von RednerInnen auf der Delegiertenversammlung 1997.
- 12 Obwohl Angelika Zahrt hinter dem DUT stand, verhielten sich etliche KritikerInnen aus dem "DUT von unten" ihr gegenüber sehr freundlich. Statt der notwendigen Kritik bekam sie sogar Selbstdarstellungsmöglichkeiten in der

- Zeitung des "DUT von unten". Das zeigt die Nähe vieler Personen aus Jugendverbänden und Projektwerkstätten gerade zu Zahrt und dem wirtschaftsorientierten Umfeld im BUND, das einige Jahre später in gemeinsame Aktivitäten zur ökologischen Steuerreform (mit Ausnahmegenehmigungen für Großenergieverbraucher) mündete. Zahrt baute von Beginn an auf die jüngeren FunktionärInnen in der Umweltbewegung – mit Erfolg.
- 13 Einige Landesverbände, z.B. in Hessen, besuchten sogar systematisch Bls, um sie für den BUND zu werben. In der BUND-Schrift "rückblick" wird behauptet, der BUND sei z.T. aus der Anti-AKW-Bewegung hervorgegangen bzw. hätte diese früh entscheidend getragen (was nicht stimmt, der Bundesverband rang sich erst 1979 zu einem Nein zur Atomkraft durch). Ebenso verkauft der BUND heute Anti-Gentechnik-Aktionen als seine Taten. Dahinter steht die Doppelstrategie, zum einen die PR-Arbeit und zum anderen das Gewinnen von unabhängigen Gruppen für den BUND.
- 14 1997 waren die SprecherInnen von 8 der insgesamt 19 Arbeitskreise mit Dr.- oder Professor-Titel, wobei einige der anderen von BUND-FunktionärInnen besetzt waren.
- 15 Quellen: Telefonat mit Ralf-Uwe Beck, stellv. Bundesvorsitzender, im Frühjahr 1997. Kritikpapier an den Umweltverbänden von Sven Giegold zur Vorbereitung des "DUT von unten", 1992. Am 24.1.98 schrieb der BUND-Pressepecher Walter Schmiat in der "Jungen Welt" als Entgegnung auf den Vorwurf, der BUND sei SPD-nah: "Der BUND-Bundesvorstand wird nicht von SPD-Mitgliedern dominiert (und selbst wenn!). Dort sitzen auch Mitglieder der Bündnisgrünen."
- 16 Bemerkenswert ist vor allem, daß es Ulrike Mehl selbst als amtierende stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende gelungen ist, ein SPD-Bundestagsmandat zu erhalten. Offenbar qualifiziert die BUND-Mitarbeit für hohe SPD-Ämter, obwohl die SPD angesichts ihrer Politik doch eher eine politische Gegnerin des BUND sein müßte – zumal Ulrike Mehl aus Schleswig-Holstein kommt, wo die SPD regiert, die Abschaltung von Atomanlagen verzögert oder verweigert, die A20 (Ostseeautobahn) bauen läßt usw.
- 17 Onno Poppinga ist inzwischen in leitender Position beim niedersächsischen Bingolotto, getragen von der (SPD-)Landesregierung mit Hauptsponsoren ADAC und VW. Der BUND hatte sich, wie einige andere Umweltorganisationen in Niedersachsen für diese Lotterie und gegen eine von den Umweltverbänden selbst getragene stark gemacht.
- 18 Für weitere Details siehe **Oliver Geden, 1996, "Rechte Ökologie"**, Elefantpress, Berlin und **Jutta Dittfurth, 1997, "Feuer in die Herzen"**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg.
- 19 1978, BLV-Verlag, München. Das Buch ist Standardlektüre für StudentInnen der Landschaftsplanung.
- 20 Titel: **"Atomares Dilemma"**, Fischer Taschenbuch (vertrieben u.a. vom Weltbund zum Schutzes des Lebens).
- 21 Siehe: Oliver Geden, S. 231.
- 22 "natur" 11/88, S. 32.
- 23 So veröffentlichte Weinzierl 1966 einen Text im Unitariorgan **"Glaube und Tat"**. Über weitere Kontakte des BUND zu den Unitariern siehe bei Oliver Geden (siehe 18).
- 24 **Holger Schleip, 1986, "Zurück zur Natur-Religion?"**, Hermann-Bauer-Verlag, Freiburg.
- 25 Weitere Beispiele in **Oliver Geden, 1996, "Rechte Ökologie"** (siehe 18).
- 26 Quelle: **Peter Bierl, 1994, "Alles Öko?"** in Weg und Ziel 3/94, S. 44-50.
- 27 Hermann Benjes, Erfinder der nach ihm benannten "Benjes"-Hecke, reist durchs Land und hält Vorträge unter dem Titel "Wer hat Angst vor Silvio Gesell?", z.B. 1996 in der Umweltwerkstatt Wetterau.
- 28 Siehe Zeitschrift **"Alternative 2000"**, Nr. 22 (S. 13).
- 29 Inzwischen umbenannt in **BUNDmagazin** (ab Heft 4/1997).
- 30 Die Liste der Druckprodukte findet sich im Vorwort von **"Naturschutz heute" 1/96**, die erstmals bei Brühl gedruckt wurde.
- 31 Informationen aus der BUND-Delegiertenversammlung 1997.
- 32 Nach der BUND-Satzung (§ 10) kann neben Vorstand, Delegiertenversammlung und Gesamtrat nur der wissenschaftliche Beirat selbständig nach außen treten.
- 33 Siehe Paragraph 7, Absatz 2 der BUND-Satzung.
- 34 Seine Befugnisse sind nach § 8 der Satzung aber eher gering. Der Verbandsrat entsendet eineN VertreterIn in den Bundesvorstand. Seit Ende 1997 sitzt dort Renate Backhaus, BUND-Vorsitzende Niedersachsen.
- 35 Beispiele: Ex-Bundesjugendsprecher Peter Westenberger wurde BUND-Geschäftsführer in Mecklenburg-Vorpommern und dann Verkehrsreferent des Bundesverbandes. Ex-Bundesjugendsprecher Marc Engelhardt ist jetzt im Bundesvorstand des BUND.
- 36 Im BUNDladen werden inzwischen selbst Weihnachtsbaumkugeln und Nistkästen angeboten – letztere bis 123 DM teuer und mit herzförmigem, rot umrandeten Einflugloch – Geldbeschaffung um jeden Preis.
- 37 Aus einzelnen Teilen des BUND, z.B. aus der BUNDjugend kam inzwischen Protest gegen die Kommerzialisierung, vor allem gegen die KFZ-Versicherungen. Auf der Delegiertenversammlung wurden die Nistkästen (siehe 36) ebenfalls kritisiert.
- 38 Die Tagung und die anschließende Arbeitskreisdiskussion führten zu einer grundsätzlichen Ablehnung der Gentechnik, was eine der wenigen Ausnahmen gegenüber der Aufgabe oder Verwässerung von Positionen bedeutet. Als Folge wechselte einer der tragenden Sachbearbeiter in diesem Bereich, Jens Katzek, von der BUND-Geschäftsstelle direkt in eine Gentechnikfirma (KWS). Schon 1994 hielt Katzek einen Vortrag, in dem er für eine "Abkehr von der Dogmatik" eintrat – blieb aber weitere 4 Jahre BUND-Gentechnik-Referent. Quelle: **Christoph Spehr, 1996, "Die Okofalle"**, ProMedia, Wien (S. 41).
- 39 Informationen aus der MOA-Versandstelle in Weilburg. Hintergrund ist ein Streit zwischen den Verbänden, die im Trägerkreis sitzen und vor allem eine positive Öffentlichkeitsarbeit erhoffen, und einigen MOA-AktivistInnen, die radikalere politische Inhalte fordern.
- 40 Veröffentlichung in der **taz vom 15.11.1997**, S. 9.
- 41 Auch Rubriken wurden umbenannt, z.B. der Länderbericht in BUNDland und das Magazin in "kurz&bund"
- 42 Text auf der Ausstellung zur Delegiertenversammlung 1997.
- 43 Zum Beispiel der BUND Kreisverband Darmstadt bei einer Heckenpflanzaktion 1989, obwohl sie sogar gemeinsam mit anderen Gruppen organisiert worden war.
- 44 In einem Text in der **FR vom 27.1.1998** ("Zwischenruf") forderte Kampagnenleiter Olaf Bandt am Beispiel der Overdose-Kampagne eine Veränderung der Umweltschutzstrategie hin zu lifestyle und Erlebnisorientierung.
- 45 Berichte auf der Delegiertenversammlung 1997 und Finanzbericht 1996. Im Haushaltsplan 1997 waren Überschüsse von 96.000 DM vorgesehen.
- 46 Berichte auf der Delegiertenversammlung 1997.
- 47 Der Brief reagierte auf einen Text in der taz (siehe 40) und nachfolgende LeserInnenbriefe. Dort waren BUND-FunktionärInnen u.a. als "aalglatte Anpasser" (W. Säuter, **taz vom 28.11.1998**) bezeichnet worden.
- 48 Die Zahl lokaler Gruppen ist regional sehr unterschiedlich. In Baden-Württemberg und Hessen werden die höchsten Zahlen erreicht. So gab es Anfang der 90er Jahre allein im Kreis Gießen (18 Gemeinden) über 50 Ortsgruppen des Naturschutzbundes plus weitere ca. 30 unabhängige Vogelschutzgruppen. Fast alle beschränkten sich auf den reinen Vogelschutz und dort auf Nistkastenbau und Winterfütterung. Scheuklappen zeigte z.B. der NABU Gießen (obwohl er von fachlich gut ausgebildeten StudentInnen geprägt ist), als er die Wiederaufnahme von Truppenübungen auf einem stillgelegten Truppenübungsplatz befürwortete (**Gießener Allgemeine vom 25.2.1998**).
- 49 **Jahresbericht '96** des NABU. Weitere Quellen siehe 1.
- 50 Siehe Quellenangaben unter 1 und **"Naturschutz heute" 4.5/89**, S. 5-8.
- 51 Dürkop kandidierte nach seiner Amtszeit im NABU als Umweltminister für die CDU in Schleswig-Holstein.
- 52 In Niedersachsen nach es dem NABU gar nicht, eine ihm ergebene Jugendorganisation zu schaffen. In Hessen und einigen kleineren Ländern wurden projektorientierte Personen verdrängt, übrig blieben aber oft nur von Erwachsenen geleitete und auf Naturerlebnis beschränkte Jugendgruppen.
- 53 Listen der UnterstützerInnen fanden sich auf Werbeseiten im Verbandsorgan **"Naturschutz heute"**.
- 54 Michael Succow gilt insgesamt als hochverdienter Umweltschützer, 1997 erhielt er den alternativen Nobelpreis und weitere Ehrungen. Succow erreichte in der DDR-Wendezeit die Unterschutzstellung vieler Gebiete. Bis 1994 war er F.D.P.-Mitglied. Zudem gab er den Anstoß zu einer gemeinsamen Tagung von NABU und Expo vom 20.-23.3.1998 in Wörlitz. Quelle: **Presseinformation der Expo vom 2.3.1998**.
- 55 **"Naturschutz heute" 1/97**.
- 56 Beide hatten im Konflikt zwischen projektorientierter und verbandlicher Jugendarbeit Ende der 80er Jahre phasenweise die Kritik am NABU mitgetragen. Heute sind sie Spitzenfunktionäre, obwohl sich der Verband in seinen Strukturen nicht verändert hat.
- 57 Z.B. in Niedersachsen die Kreisgruppen Osnabrück und Göttingen, allerdings schon vor etlichen Jahren (mündliche Mitteilungen aus den betroffenen Gruppen).
- 58 Eigene Erfahrungen. Die Aussagen treffen vor allem auf die vielen lokalen Vogelschutzgruppen in Hessen und den südlichen Bundesländern zu.
- 59 Die Einstellung zu politischer Arbeit zeigt ein Brief des Vorsitzenden des Hannoverschen Vogelschutzvereins, Dieter Wendt, vom 1.2.1985, in dem dieser eine Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen ablehnt, da der DBV zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet sei.
- 59 Berichte im Vorstand und Hauptausschuß des damaligen DBV.
- 60 Kornwestheim war historischer Sitz des DBV, weil der Verband hier gegründet wurde und eine seiner Hochburgen besaß. Noch in den 80er Jahren wurde ein neues Verwaltungsgebäude gebaut, das dann dem eigenständigen Verlag diente.
- 61 Das Sponsoring von Unicomdirekt beinhaltete eine Werbung für Siemens-Handys in der NABU-Zeitung. Der Siemensboykott protestierte, es gab einige Austritte aus dem NABU, der für die Werbung 50.000 DM kassierte.
- 62 Siehe **"Naturschutz heute" 3/97**, S. 4-6.
- 63 Die aktuelle Struktur und die Bezeichnungen der Bundesfachausschüsse hat der NABU vom Naturschutzbund der DDR übernommen, der sich in der Wendezeit aus GNU-Gruppen gründete. Sie gehen auf die staatliche Naturschutzarbeit in der GNU der DDR zurück, ihre politische Enthaltsamkeit ist daher schon "historisch".
- 64 Quelle: **Brief von GermanWatch an den BBU vom 1.7.1997**.
- 65 Für weitere Details siehe Angaben unter 1. Ausgewertet wurden zudem Werbe- und Infoschriften des WWF.
- 66 Wobei zu den Projektmitteln auch der Anteil gerechnet wird, der in den zentralen Geschäftsstellen aufgewendet wird (Arbeitszeit usw.).
- 67 **Die Woche vom 13.12.1996**.
- 68 **WWF-Journal 3+4/86**, S. 22.
- 69 Über die internationale Zusammenarbeit des WWF mit Banken siehe bei **Jutta Dittfurth, 1991, "Lebe wild und gefährlich"**, Kiepenheuer&Witsch, Köln (S. 248ff).
- 70 **epd-Entwicklungspolitik 20+21/97**, S. 39.
- 71 **Dirk Cornelsen, "Anwälte der Natur"** (siehe 1). "natur" 11/86, S. 23-29. "WWF Journal" 3+4/86, S. 6-7.
- 72 Unter dem Namen Panda Renditefonds, Partner ist der DWS Investmentfonds, Investmentgruppe Deutsche Bank.
- 73 Liste der Panda-Lizenzen in "Grundlagen der Zusammenarbeit des WWF mit Industrie und Wirtschaft" und "Beispiele für Kooperationen und Aktionen", herausgegeben von der Panda Fördergesellschaft für Umwelt mbH (gleiche Adresse wie WWF Deutschland).
- 74 **Pressemeldung "Positiver Trend für Greenpeace 1997: Mehr Förderer, stabile Einnahmen" vom 22.1.98**. Greenpeace-Schriften **"Finanzen 1996"** und **"Finanzen 1995"**.

- 75 In einer Diskussion mit Greenpeace gab ein dortiger Mitarbeiter immerhin zu, daß z.B. die Aktionen von Greenpeace vor der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague noch mehr Wirkung gehabt hätten, wenn Basisinitiativen an den Kraftwerksstandorten in Deutschland rechtzeitig einbezogen worden wären.
- 76 Greenpeace-Schrift **"Greenpeace in Aktion"**, Stand 12/1996. **Die Woche vom 13.12.1996**. Verschiedene Selbstdarstellungen im **Taschenkalender "Greenpeace"**.
- 77 Greenpeace-Schrift **"25 Jahre Greenpeace"**.
- 78 Greenpeace-Schriften **"Struktur"** und **"Greenpeace in Aktion"**, S. 2-3. Text "Kritik an Greenpeace" in **Robin Wood, 1984, "Vor uns sterben die Wälder"**, Rowohlt, Reinbek (S. 59-64). Interview mit Anne Scherer von Robin Wood in **Greenpeace-Magazin 4/1990**, S. 12).
- 79 Daran ändern auch die Mitmachaktionen wie Unterschriftensammlungen, Protestpostkarten (z.B. gegen Atomversuche) oder das EinkaufsNetz nichts. Sie laufen begleitend zu Spendenkampagnen. Bei Greenpeace ist längst bekannt, daß Menschen am liebsten spenden, wo sie auch selbst ein bißchen Aktion mitmachen können. Die Verbindung von Spendenaufrufen mit kleinen Mitmachaktionen ist daher für Greenpeace auch ein Trick.
- 80 Z.B. im Verlag "Die Werkstatt".
- 81 Kooperationen mißlingen immer, Greenpeace bekam Aktionen nur dann hin, wenn es ohne andere oder ohne Absprachen handelte, was in der Anti-Atom-Szene oft kritisch beurteilt wurde. Die Greenpeace-Aktionen, z.B. Schienenblockaden, waren durchaus effektiv, aber immer unkoordiniert.
- 82 Schon ein halbes Jahr vor Erscheinen des vernetzenden Infodienstes "Ö-Punkte" im November 1997 gab es Gespräche mit Greenpeace, Briefwechsel und einen direkten Besuch. Doch bis heute liegt keine Entscheidung vor, weder zur Mitarbeit noch zum Versand des Infodienstes an die Basisgruppen.
- 83 Mündliche Mitteilung von Greenpeace.
- 84 Unter den 40 entscheidungsbefugten Mitgliedern von Greenpeace befinden sich nun auch 10 VertreterInnen der Regionalgruppen. Das bedeutet formale Mitspracherechte.
- 85 Siehe verschiedene Werbeschriften und den Leitfaden für die Gruppen, herausgegeben von Greenpeace. Alle Greenteams sollten eine/n AnsprechpartnerIn aus einer Greenpeace-Regionalgruppe haben. Dort wurde der Umgang sehr unterschiedlich gehandhabt. Letztlich wurden aber auch Greenteams akzeptiert, die auf diesen Kontakt verzichteten.
- 86 Z.B. gemeinsames Tierfreund-Sonderheft zusammen mit Umwelt- und Projektwerkstätten. Verteilung der Öko-Aktiv-Mappe (herausgegeben von der Jugend-Umwelt-Info-Stelle) und anderen Schriften aus der Jugendumweltbewegung an die Greenteams.
- 87 Greenpeace-Schrift **"Jahresrückblick 1996"**, S. 18-19.
- 88 Greenpeace-Schrift **"Struktur"**. Beiträge in den jährlichen **Taschenkalendern "Greenpeace"**.
- 89 Neben Greenpeace trat hier Robin Wood verstärkt auf.
- 90 Die bekannteste Greenpeace-Gründerin, Monika Griefahn, auch Vorstandsmitglied bei Greenpeace International, wurde Umweltministerin in Niedersachsen unter dem Wirtschafts- und Atomförderer Gerhard Schröder und steht heute wegen realpolitischer Entscheidungen z.B. bei der Genehmigung von Atomanlagen im Wendland in der Kritik.
- 91 So geschehen bei Plakatserien über VerursacherInnen von Klimabelastungen.
- 92 **Robin Wood, 1984, "Vor uns sterben die Wälder"**, Rowohlt, Reinbek. Verschiedene Selbstdarstellungen.
- 93 Robin Wood: **Rechenschaftsbericht 1996. Die Woche vom 13.12.1996**.
- 94 Seit 1996 gibt es eine Ausnahme: Zusammen mit Greenpeace, dem BUND und Naturland wurde ein Gütesiegel für Holz aus naturnaher Forstwirtschaft entwickelt und öffentlich vorgestellt.
- 95 Mit Robin Wood lief der Versuch, einen bundesweiten Vernetzungs-Infodienst aufzubauen ("Ö-Punkte") genauso wie bei Greenpeace (siehe 82). Alle Anfragen blieben in den Geschäftsstellen hängen, selbst aus direkten Gesprächen heraus kam es nie zu Entscheidungen oder Antworten aus der Zentrale.
- 96 Die meisten Kampagnen richten sich an die Öffentlichkeit und wollen dort Verhaltensänderungen oder Spenden an Robin Wood bewirken. Der direkte Druck auf PolitikerInnen findet selten statt.
- 97 Ein trauriges Beispiel der Verbandsmeierei ist im **Ökokalender 1998** (Verlag Die Werkstatt, Göttingen) zu bewundern. Auf jedem Aktionsfoto ist groß der Verbandsname zu lesen. Und selbst auf dem Foto von der Schienenblockade gegen den Castor steckt auf dem Acker nebenan, völlig sinnlos, das Banner mit dem Namen. Warum dieses Werbefoto gewählt wurde, ist vor allem angesichts dessen, daß Robin Wood z.B. auch mit Strahlenmessungen am Castor aktiv war, sehr verwunderlich.
- 98 **"Unser Wald", Juni 1997**, S. 5-8. Genaue Infos zur SDW in einem Manuskript von Frank Knoche, 1998.
- 99 Eine Liste der Vorsitzenden und Geschäftsstellen findet sich am Ende jede Ausgabe von **"Unser Wald"**.
- 100 Mit dabei war auch die CDU-Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth. Der ADAC ist Hauptpartner, obwohl gerade er in Ostdeutschland den Ausbau vieler Straßen und damit die Zerstörung von Alleen fordert.
- 101 Quellen: Selbstdarstellungen und Zeitschriften des VCD.
- 102 Der Posten wurde 1997 in Generalsekretär umbenannt.
- 103 Sowohl im NABU wie auch im BUND haben sich einzelne Basismitglieder über die KFZ-Versicherungsangebote beschwert.
- 104 Der ADFC lehnte die Mitwirkung an dem vernetzenden Infodienst "Ö-Punkte" Ende 1997 mit der Begründung ab, der Verband wolle sein Image gerade weg vom verkehrspolitischen hin zu einem Freizeitverband verändern, da würde ein solcher Infodienst nicht ins Konzept passen (mündliche Mitteilung der ADFC-Pressesprecherin).
- 105 Der NVN zog gegen die Landesregierung vor Gericht und mußte dann anerkannt werden.
- 106 **Jürgen Streich, 1997, "30 Jahre Club of Rome"**, Birkhäuser, Basel. **Jutta Dittfurth, 1997, "Feuer in die Herzen"**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 134-148).
- 107 Im Club finden sich fast nur Männer und kaum jüngere Menschen.

3.3 Die Steigerung: Dachverbände

3.3.1 Deutscher Naturschutzring (DNR)¹

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist zum einen eine schwerfällige, fast gänzlich handlungsunfähige Organisation. Dieses wird durch die innerverbandliche Hierarchie und Bürokratie sowie durch das Verhalten von BUND, Naturschutzbund und WWF verschlimmert, die vor allem ihre Verbandsinteressen in den Vordergrund stellen.

Zudem aber hat der DNR eine gefährliche Staatsnähe. Parteimitglieder oder andere, mit dem Staat oder, seltener, der Wirtschaft liierte Personen dominieren den Vorstand. Wenn der DNR einmal aktiv wird, orientiert er sich an Aktionen, die eher pompös wirken und statt der Naturschutzbasis große Firmen und bekannte PolitikerInnen ansprechen. In Sinne eines aktiven und unabhängigen Natur- und Umweltschutzes wirkt der DNR nicht.

Geschichte und Ziele

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) wurde 1950 gegründet, angestossen vor allem von der Bundesanstalt für Naturschutz, also einer Behörde. Erst im Laufe der Zeit entstand der Dachverband der deutschen Naturschutzverbände, wie er sich auch heute darstellt. Seit 1968 regiert Prof. Wolfgang Engelhardt den Verband, rund um sich versammelt er im Vorstand vor allem Spitzenfunktionäre der großen Umweltverbände (BUND, Naturschutzbund usw.) sowie einige weitere.

Was der DNR eigentlich soll, ist unklar. Unstrittig ist der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsverbänden bzw. die Informationsweitergabe von Berichten z.B. aus dem staatlichen Naturschutz. Dieser Funktion kommt der DNR nach besten Kräften nach, aber seine Hände sind teilweise gebunden. Vor allem die großen Umweltverbände sehen den DNR teilweise als Konkurrenz und degradieren ihn zu einem Verwalter niederrangiger Aufgaben. Zudem versteht er sich nur als Dachverband für seine Mitglieder, zu den unabhängigen Teilen der Umweltbewegung hält der DNR keinen Kontakt.² Ein zweites Ziel, die politische Lobbyarbeit, ist in der langen Geschichte gänzlich gescheitert. Das hat zwei Gründe. Zum einen, wie schon erwähnt, haben einige Umweltverbände kein Interesse an einem "starken" DNR. Zum zweiten ist der DNR alles andere als eine unabhängige Einrichtung. Er erhält regelmäßige Förderungen durch das Bundesumweltministerium (vorher Landwirtschaftsministerium), seine Spitzenfunktionäre sind überwiegend Parteimitglieder und unter solchen Mitgliedersgruppen gibt es viele, die den Naturschutz gar nicht als wesentliches Ziel verfolgen.

Der DNR hat über 100 Mitgliedsgruppen mit zusammen ca. 3 Mio. Mitgliedern.

Struktur und Mitglieder

Der Deutsche Naturschutzring ist ein Dachverband, kein Netzwerk. Das schafft enorme Probleme. Projektgruppen oder Arbeitskreise, sollten sie überhaupt gebildet werden, müssen sich die Rückendeckung des Vorstandes oder der Mitglieder-